

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Berufsprüfer: Hani Dönsch 4198/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadon

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Antrittstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. März 1930

Die Entscheidung.

Die Younggesetze angenommen. - Der Reichspräsident unterzeichnet.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Reichstag hat am Mittwoch-Nachmittag die Younggesetze in namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedet.

Nach verworrenen und stürmischen Wochen endlich eine klare parlamentarische Tat: Der Reichstag hat sämtliche Younggesetze angenommen. Eine Volksvertretung, die so umdroht eine so feste Entscheidung verantwortungsbewusst auf sich nimmt, ist ein starker Beweis gegen das modische Gerede von dem Versagen des Parlamentarismus. Reichstag und Regierung sind stark, wenn sie wollen, und ohnmächtig bleibt das Toben ihrer Gegner.

Zehnmahl riefen die Sirenen alle im Hause anwesenden Abgeordneten zur namentlichen Abstimmung heran. Auch wo die Abstimmung nicht zweifelhaft war, verlangten Nationalsozialisten und Kommunisten in unentwegtem Bündnis die namentliche Feststellung der Young-Verbrecher. Ihnen allen drohen sie die Todesstrafe an. Die schuldigen Abgeordneten haben nur eine Wahl: entweder auf völkische Art gehängt oder nach Moskauer Methode erschossen zu werden.

Zehnmahl Abstimmung, aber nur einmal zitterte die Wage der Entscheidung: beim Polenvertrag. Hier drohte das Ausbrechen der Bayern verhängnisvoll zu werden. Neben dem Bauernbund rebellierte die Bayerische Volkspartei unter dem Diktate des nach Berlin geeilten bayerischen Ministerpräsidenten Held gegen ihren parlamentarischen Führer Leicht. Gegen dessen Rat trat sie an die Seite der Opposition. Wird sich dennoch eine Mehrheit finden? Zentrum und Deutsche Volkspartei retteten durch Fraktionszwang die Lage. Mit 236 Ja gegen 217 Nein bei 8 Enthaltungen wurde auch das Polen-Abkommen angenommen. Der Opposition san der Mut. Kaum, dass sie noch zu einigen schwachen Pfui-Rufen sich aufraffte.

Das entscheidende Gesetz über das Gesamtabkommen von Gaaf aber fand mit 270 gegen 192 Stimmen bei 3 Enthaltungen Annahme. Eine Mehrheit, die alle Spekulationen darauf vernichten dürfte, dass der Reichspräsident die Gesetze zum Volksentscheid stellt. Zu diesem Ziele versuchten die Feinde des Friedens und der Verständigung unter der Führung der Nationalsozialisten und der Kommunisten schon einen parlamentarischen Vorstoss. Sie beantragten nach Art. 72 der Reichsverfassung die Verkündigung der Gesetze auf 2 Monate auszusetzen. Das dazu nötige Drittel des Reichstags erhielten sie mit 173 Stimmen. Sofort führten die Regierungsparteien einen erfolgreichen Gegenstoss. Sie beantragten die Younggesetze auf Grund desselben Verfassungsartikels für dringlich zu erklären. Dafür fand sich die grosse Mehrheit von 283 gegen 174 Stimmen bei 14 Enthaltungen. Der Wille der Volksvertretung ist eindeutig. Der Reichspräsident von Hindenburg wird seinen Namen unter das grosse Werk setzen. Damit wird es Gesetzeskraft erhalten.

Zwei deutsche Länder, Bayern und Thüringen zeigten wieder einmal die ganze

jämmerliche Kleinlichkeit unsres deutschen Staatenelends auf. Die bayrischen Parteien sehen nur Biersteuer und Finanzausgleich und meinen, Europa müsste sich nach solchen grossartigen "ausserpolitischen" Gesichtspunkten orientieren. Thüringen aber liess durch den vom Passfälscher zum deutschen Minister avancierten Frick eine Erklärung gegen die Younggesetze hinausschmettern, die alle Welt als jungenhaft empfinden wird. Man musste diesen Menschen sehen. Nach vollbrachter "Tat" ging er grinsend, hämisch lachend, mit knabenhaftem Stolze auf den versuchten Fenstereinwurf in die Reihen seiner lausbübschen Freunde. Die konnten sich nicht lassen vor Freude, vor Lustigkeit. In einer Stunde, die immerhin schicksalhaft war für Deutschland und die Welt. Frick und die andern: So etwas ist in Deutschland Abgeordneter, Reichsratsvertreter und Minister. Fehlte nur noch, dass wahr ist, was gestern im Reichstage behauptet wurde, dass dieser Frick von seiner Regierung gar nicht beauftragt war, diese Erklärung abzugeben. Da wäre er also seiner Tradition treu geblieben und hätte wieder einmal gefälscht und gelogen.

Die Sozialdemokratie konnte in dieser grossen Schlussitzung auf nochmalige Begründung ihrer Aussenpolitik, deren Erfolg an diesem Tage das Parlament und Deutschland beherrscht, verzichten. Sie liess nur durch eine scharfsinnige Polemik Stampfers einen alten deutschnationalen Schönredner für immer parlamentarisch erledigen: Herrn Max Wallraf aus Köln. So heillos verblüfft war nie ein Abgeordneter wie dieser, als ihm aktenmässig vorgelesen wurde, dass er in den Jahren 1924 und 1926 als Verfechter der Dawesgesetze und der Entwaffnungsgesetze für seine Fraktion genau das Gegenteil von dem gesagt hat, was heute seinen ahnungslosen Lippen entsäuselte.

Indes war dies nur ein kleiner fröhlicher Zwischenfall an einem grossen Tage: Dieser Tag aber gehörte der Sozialdemokratie und ihrem Führer auf dem Kanzlerstuhle. Mögen sie nun durchs Land ziehen unter Schwarzweissrot und Hakenkreuz und Sowjetstern. Es sind geschlagene Heerhaufen, die nichts dem Volke zu bieten haben als ein gewaltiges Mundwerk, das seit einem Jahrzehnt heult und schimpft und hetzt und protestiert und auch einmal prophezeit. Und was alles prophezeit? Nie würden die Franzosen aus dem Ruhrgebiete gehen. Sozialdemokratisch-republikanische Aussenpolitik hat sie friedlich zum Abmarsch gebracht. Nie würden die Franzosen wieder den Rhein verlassen. Ein sozialdemokratischer Reichskanzler wird das Rheinland befreien, während die patentierten Nationalen gegen diese Befreiung schreiend demonstrieren. Nie würden die fremden Kontrollen über Eisenbahn und Finanzen verschwinden. Ein sozialdemokratischer Kanzler stellt Deutschlands Souveränität wieder her. Nie würden die Daweslasten ermässigt werden. Ein sozialdemokratischer Kanzler senkt sie um 700 Millionen Mark im Jahre. Nie würde Frankreich auf militärische Sanktionen verzichten. Ein sozialdemokratischer Kanzler hat Frankreich und seine Militärs um ihr Sanktionsrecht gebracht. Sozialdemokratische Politik hat die erste Bresche in das Versailler Vertragswerk gelegt. Daher die ganze Wut der Nationalen, die unfähig sind, deutsche oder nationale Politik zu treiben. Im Geiste der völkerverbindenden Internationale hat die Sozialdemokratie für Deutschlands Freiheit gearbeitet. Die Nationalisten stehen mit geifernden Mäulern daneben.

•Noch ist das Werk nur halb getan. Aussenpolitisch ist ein Meilenstein erreicht. Von hieraus muss die Führung des Kanzlers, müssen wir uns alle sofort dem inneren Aufbau Deutschlands zuwenden. Hinweg mit dem Wirtschaftspessimismus! Nieder mit den Schwätzern von einer neuen Inflation! Kampf und Verachtung denen, die Kapital ins Ausland verschieben. Sie sind die wahren Landesverräter. Nehmen wir es als gute Vorbedeutung, dass gerade an diesem Tage die furchtbare Kurve der Erwerbslosigkeit endlich nach oben hin zum Stillstand gekommen ist. Sie muss nun gesenkt werden. Rasch und tief. Die Kommunisten haben am Mittwoch getobt, als Hermann Müller von der Gesundung der deutschen Wirtschaft sprach. Ihm und uns ist diese "Wirtschaft" wahrhaftig nicht nur und nicht einmal vorwiegend die Kapitalistenklasse. "Deutsche

Wirtschaft" das sind für uns die Hände, die Köpfe des deutschen Arbeiter-
volks.

Dass die Millionen Erwerbslosen wieder in die Produktion gerufen werden,
dass ihre Frauen und Kinder sich wieder sättigen und sich freuen dürfen, dass
neue Hoffnung und Neue Kraft in die deutschen Volksmassen komme, dies ist
unser Wille. Dafür arbeiten wir. Dafür trotzen wir aller Kritik und allen
Beschimpfungen. Dafür setzen wir den Kampf gegen alle fort, die aus hartem
Eigennutz einer sozialen Finanzpolitik widerstreben.

Der aussenpolitische Sieg ist unser. Der innerpolitische Entscheidungs-
kampf beginnt!

SPD. London, 12.März (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen der Delegationsführer der Flottenkonferenz, die sich in
den letzten Tagen in der Richtung auf ein politisches Abkommen bewegten, sind
infolge des unüberwindlichen amerikanischen Widerstandes gegen jeden politi-
schen Pakt plötzlich zum Stillstand gekommen. Die optimistische Stimmung vom
Dienstag hat einem ausgesprochenen Pessimismus Platz gemacht. Die Lage ist
ferner dadurch kompliziert, dass der Schlüssel zur Klärung der Situation
deutlicher als je in den Händen des französischen Hauptdelegierten liegt,
aber gerade Briand sich angesichts der starken Kampagne der französischen
Rechten gegen jede Nachgiebigkeit ohne politische Sicherungen keine Konzes-
sionen machen kann.

Die Experten setzen inzwischen ihre Beratungen über die Vermenschlichung
des U-Boot-Krieges fort. Diesen Verhandlungen liegt der von den fünf Seemäch-
ten unterzeichnete, aber infolge des Widerstandes Frankreichs niemals in
Kraft getretene sogenannte Root-Vertrag zugrunde. Wie es scheint, steht die
Mehrheit der Experten heute merkwürdigerweise auf dem Standpunkt, dass der
Root-Vertrag dem U-Boot-Krieg zu starke Bindungen auferlegt. Insbesondere wen-
den sie sich gegen Artikel 4 dieser Konvention, durch den sich die Unter-
zeichner des Vertrages verpflichten, U-Boote nicht gegen Handelsschiffe ein-
zusetzen, sowie gegen den Artikel drei der Abmachung, der jeden U-Boot-Komman-
deur wegen Piraterie vor Gericht zu stellen wünscht, falls die Gesetze der
Menschlichkeit verletzt worden sind.

SPD. Prag, 12.März (Eig.Drahtb.)

Der bedeutendste und beliebteste tschechische historische Schriftsteller
Alois Jirasek ist am Mittwoch in Prag im Alter von 79 Jahren gestorben. Seine
zahlreichen und viel gelesenen Werke sind erfüllt von Freiheitsdrang, Demo-
kratie und sozialem Verständnis. Jirasek schilderte insbesondere die hussiti-
sche Epoche und die Zeit der Wiedererweckung der tschechischen Nation. Während
des Krieges schöpfte das tschechische Volk aus seinen Werken Hoffnung auf die
Zukunft. Sein bester Roman "Die Finsternis" handelt von der Verfolgung tsche-
chischer Evangeliken. Jirasek leitete als erster mit seiner Unterschrift das
revolutionäre Manifest der tschechischen Schriftsteller im Mai 1917 ein. Eini-
ge seiner Werke sind ins Deutsche übersetzt.

SPD. Der Reichsrat wird in einer zu Donnerstag-Vormittag 11 Uhr einberufenen Sitzung die am Mittwoch vom Reichstag angenommenen Younggesetze verabschieden. Der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten steht dann nichts mehr im Wege. Sie dürfte unmittelbar nach der Entscheidung des Reichsrats erfolgen.

SPD. Paris, 12.März (Eig.Drahtb.)

Der wegen wiederholter Schwindeleien in Berlin und Frankfurt von den deutschen Behörden steckbrieflich verfolgte Betrüger Karl v.Hausen ist am Mittwoch in Paris von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Der deutsche Botschafter hat bei den französischen Behörden bereits einen Antrag auf Auslieferung Hausen's gestellt.

SPD. Die zur Zeit massgebende Linie der KPD richtig erfasst hat der Thälmann'sche Funktionär Jakob Erb in Kaiserslautern. Am 6.März forderte er auftragsgemäss die städtischen Pflichtarbeiter zur Arbeitsniederlegung und zur Teilnahme am "Weltdemonstrationstag" auf. Wenn auch nicht viele, so folgten doch immerhin 30 von 150 Pflichtarbeitern der Parole mit dem Erfolg, dass es zu Krawallen und schliesslich zu Zusammenstössen mit der Polizei kam. Es gab Verletzte und hinterher auch noch einen Prozess.

Unter den Verletzten war Jakob Erb selbstverständlich nicht. Er war überhaupt nicht bei der Demonstration, denn er - arbeitete zur selben Zeit in einem Garten und demonstrierte auf seine Weise Theorie und Praxis in der heutigen KPD.

SPD. Paris, 12.März (Eig.Drahtb.)

Frau Marthe Hanau, die am Donnerstag die zweite Woche ihres Hungerstreiks vollendet, hat am Mittwoch einen schweren Herzkrampf erlitten. Die Behörden haben ihre Überführung in ein Spital angeordnet. Frau Hanau hat am Mittwoch mehrere Kampferinspritzungen erhalten.

SPD. Ein neuer Ankläger gegen die Korruption in der kommunistischen "Roten Hilfe", der bisherige Revisor Willi Lauschke aus Halle ist aufgrund seiner Behauptungen, dass die Kassenbücher und Belege nicht stimmten, ausgeschlossen worden. Der Ausschluss erfolgte ohne dass die Anklagen von der Firma Pieck und Co. entkräftet worden wären.

SPD. Chemnitz, 12.März (Eig.Drahtb.)

Der Aufsichtsrat der Sächsischen Maschinenfabrik vormals Richard Hartmann Aktiengesellschaft beschloss am Mittwoch das nahezu 100 Jahre bestehende Werk stillzulegen und die Gesellschaft aufzulösen. Die Verwaltung der Gesellschaft begründet diesen Beschluss in der Hauptsache mit der ungünstigen Entwicklung der Wirtschaftslage und den besonderen Schwierigkeiten der sächsischen eisenverarbeitenden Industrie bzw. der Textilindustrie. Die Stilllegung würde die Entlassung von rund 3 500 Arbeitern zur Folge haben. Das letzte Wort über die Schliessung des Betriebes wird in der bevorstehenden Generalversammlung gesprochen werden.

SPD. Der Provinziallandtag für die Provinz Brandenburg wählte am Mittwoch mit den Stimmen der Volkspartei, der Demokraten und Sozialdemokraten den volksparteilichen Landrat Dr. Swart zum Landesdirektor und den sozialdemokratischen Ministerialrat im Preussischen Innenministerium Dr. Simon zum stellvertretenden Landesdirektor. Das Amt des Vorsitzenden im Provinzialausschuss erhält ein Demokrat. Die Wahl des Volksparteilers Swart und die des Sozialdemokraten Simon erfolgte mit 45 Stimmen gegen 44 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei. Die Wahl des Demokraten zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses wird ebenfalls mit den Stimmen der Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten erfolgen.

Die Stimmen der Rechtsparteien vereinigten sich auf den Staatssekretär im Preussischen Finanzministerium, den Demokraten Schleusener, der auf eigene Faust gegen den Willen seiner eigenen Partei kandidierte. Die Rechte im Provinziallandtag spekulierte natürlich darauf, dass der eine oder andere Demokrat den Vereinbarungen zwischen der Volkspartei, den Demokraten und den Sozialdemokraten nicht entsprechen und gegen die Verabredungen der eigenen Fraktion für Schleusener stimmen würde. Dadurch wären die Vereinbarungen zwischen den drei, geschlossen auftretenden Fraktionen hinfällig geworden. Der Hintergedanke war auf der Rechten schliesslich, dann wenigstens den Stellvertreter des Landesdirektors und den Vorsitzenden des Provinzialausschusses stellen zu können. Die Fraktionsdisziplin der genannten drei Parteien hat die Spekulation der Rechten vereitelt. Aber hätte der auf eigene Faust gegen den Willen seiner Partei kandidierende Staatssekretär Schleusener gesiegt, dann würden heute in der Provinz Brandenburg zwei massgebende Ämter von Feinden der Republik besetzt sein.

Das ist die Konsequenz jener Personalpolitik auf eigene Faust, die von dem "Berliner Tageblatt" seit Monaten propagiert wird und die auf das Gegenteil dessen hinausläuft, was dieses Blatt angeblich will: auf die Auslieferung hoher Staatsämter an die Reaktion, weil den persönlichen Wünschen und dem Machthunger einer gewissen Clique aus guten Gründen nicht Rechnung getragen wurde. Ein aktiver Staatssekretär, der sich zu einer derartigen Politik hergibt, ist u.E. seines Amtes in Preussen nicht länger würdig.

SPD. Paris, 12. März (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Mittwoch die Aussprache über das viel umstrittene Problem der Einheitsschule begonnen. Es handelt sich um den Gesetzentwurf, der die Ausdehnung des kostenlosen Unterrichts für die unterste Klasse der Mittelschulen vorsieht. Dem Entwurf kommt insofern eine prinzipielle Bedeutung zu, als die Rechte in ihm den ersten Schritt zur Einführung der Einheitsschulen erblicke und eine weitgehende Gefährdung des Bestandes der klerikalen Schulen befürchtet. Unfolgedessen ist bei dem rechten Flügel der Kammer eine heftige Opposition gegen den Entwurf vorhanden.

Die Debatte begann mit einem Versuch des reaktionären Abg. Karin, die Diskussion von vornherein zu vereiteln, indem er erklärte, dem Gesetzentwurf käme so hervorragende prinzipielle Bedeutung zu, dass er den Rahmen der Budgetdebatte sprengte. Er verlange daher die Streichung gewisser Artikel. Der sozialistische Abg. Bracke wandte sich in einer temperamentvollen Rede gegen das Manöver der Reaktion. Während seiner Ausführungen kam es wiederholt zu heftigen Zwischenfällen und stürmischen Zusammenstössen zwischen der Rechten und der Linken. Schliesslich sah sich der Abg. Karin gezwungen, angesichts der entschlossenen Haltung der Linken und des Zentrums seinen Antrag zurückzuziehen.

SPD. Die von den Regierungsparteien am Mittwoch dem Reichstag vorgelegte und später angenommene Erklärung zur Abstimmung über den Youngplan lautet:

"Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers, insbesondere seine Feststellung, dass von Anfang der Geltung des neuen Planes an die beteiligten

Regierungen, um auf ein gemeinschaftliches Ziel im Geiste gegenseitigen Verständnisses und guten Willens hinzuarbeiten, sich im Sinne einer freimütigen Zusammenarbeit auf internationaler Grundlage verpflichtet haben, alle Streitfragen der Auslegung und der Anwendung des neuen Planes der alleinigen Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen,

dass die an der Unterzeichnung der Anlage 1) des Haager Abkommens beteiligten fünf Gläubigerregierungen für die von ihnen bedauerlicherweise vorgesehene Möglichkeit des äussersten Falles,

dass eine deutsche Regierung absichtlich unter bewusster und verschuldeter Verletzung ihrer Verpflichtungen durch vollzogene Handlungen ihren Willen, den Plan im ganzen zu zerreißen, beweist, sich verpflichtet haben, bevor sie irgend einen Schritt tun, den Ständigen Internationalen Gerichtshof anzurufen, während die übrigen Gläubigerregierungen dieses Recht nicht besitzen,

dass der Beratende Sonderausschuss auf Anregung Deutschlands bei der Gefährdung seiner Währung und seines Wirtschaftslebens in eine gründliche Prüfung der Lage Deutschlands eintreten und Massnahmen hinsichtlich der Anwendung des Neuen Planes vorschlagen wird,

dass Deutschland es als seine besondere Pflicht betrachtet, darauf hinzuweisen, dass die in dem Neuen Plan betonte Internationale Zusammenarbeit besonders für jene Zeit durch die Bank für internationale Zahlungen und durch den Beratenden Sonderausschuss sichergestellt sein muss, wo nach Ablauf eines Zeitraumes, für den ein vollständiger oder teilweiser Transfer- oder Zahlungsaufschub für irgend eine Monatsrate erklärt worden ist, die Transferierung der aus der Zeit des Moratoriums stammenden Beträge neben der Transferierung der laufenden Annuität eine Transferhäufung bewirkt, die, das muss heute schon hervorgehoben werden, vorsorgliche und helfende Unterstützung oder Modifizierungen nach Sinn und Geist des Planes erfordert.

Ueber andere Anträge geht der Reichstag zur Tagesordnung über."

Ausserdem wurde von den Regierungsparteien eine Entschliessung eingebracht und angenommen, in der es heisst:

"Die Sachverständigen erklären in ihrem Bericht vom 7. Juni 1929, sie seien zwar als Geschäftsleute an ihre Aufgabe herangegangen, hätten aber festgestellt, dass sie ihre Entschliessung nicht nur auf wirtschaftliche, sondern in gewissem Umfange auch auf politische Erwägungen gründen müssen, um die Annahme ihrer Vorschläge zu sichern. Darin kommt klar zum Ausdruck, dass die Gestaltung des neuen Reparationsplanes von den durch den Ausgang des Krieges geschaffenen politischen Machtverhältnissen über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus beeinflusst worden ist. Hinsichtlich der Durchführung des Neuen Planes enthält dieser selbst die notwendigen Sicherungen, die bei allseitigem guten Willen es ermöglichen, das Gesetz der wirtschaftlichen Vernunft zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen. Davon abgesehen kann und wird Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Aussenpolitik der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken. Nicht die bestehenden Machtverhältnisse, sondern Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung der Völker müssen die alleinige Grundlage der internationalen Beziehungen werden. (Beifall im Zt.) Die künftige Entwicklung muss Raum für die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands schaffen. Nur so kann wirklich eine Liquidation der Vergangenheit herbeigeführt werden und ein gesicherter Frieden zwischen den Völkern entstehen.

Der Reichstag fordert hierdurch die Reichsregierung auf, die deutsche Aussenpolitik in diesem Sinne zu führen."

SPD. München, 12. März (Fig. Drahtb.)

Der Bayerische Volksparteiler Landwirt Johann Bauer wurde von der Regensburger Strafkammer wegen Wahlfälschung zu 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Im Mai 1928 hatte sich Bauer bei den Reichstagswahlen im oberpfälzischen Stimmkreis Baiersdorf, wo er als Wahlbeisitzer tätig war, eine vollendete Wahlfälschung dadurch zuschulden kommen lassen, dass er bei der Verteilung der amt-

lichen Stimmzettel in mehreren Fällen den Wahlvorschlag sieben (Bayerische Volkspartei) durch ein Kreuz kennzeichnete. In mindestens drei Fällen geschah dieses sogar gegen den Willen der betreffenden Wähler, die aber den vorher angekreuzten Stimmzettel trotzdem abgaben, weil sie kein Aufsehen erregen und sich keiner wirtschaftlichen Schädigung aussetzen wollten. Die Sache wurde angezeigt. Trotzdem lehnte der Regensburger Staatsanwalt die Einleitung eines Strafverfahrens ab. Erst auf die Beschwerde des Anzeigers, des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Bayerer, ordnete das Oberste Landesgericht Strafverfolgung an. Sie endete mit der Freisprechung Bauers, In der Berufungsverhandlung wurde der Angeklagte zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die von beiden Teilen beim Reichsgericht nunmehr eingelegte Revision hatte das Ergebnis, dass im Gegensatz zu der vom Reichsanwalt beantragten Freisprechung das Reichsgericht einen neuen Tatbestand schuf und eine schärfere Ahndung des Vergehens der Wahlfälschung im Sinne des Absatz 1 des § 108 des Reichsstrafgesetzbuches forderte. Bei der nochmaligen Verhandlung vor der Regensburger Strafkammer wurde der Angeklagte jetzt zu 20 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

SPD. Im Sommer 1929 brach der Frankfurter Lebensversicherungskonzern, kurz Favag genannt, zusammen. So sensationell die Begleitumstände dieser Pleite waren, so schwer waren auch ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und auf den deutschen Auslandskredit. Die eingesetzte Kommission hat fast ein halbes Jahr gebraucht, um den Dingen bei der Favag nachzugehen. Der Bericht liegt jetzt vor- und man muss sagen, er wirkt erschütternd und er wird dem gerade jetzt so notwendigen Vertrauen des Auslandes zur deutschen Privatwirtschaft kaum dienen. Der Bericht ist ein Debaöle der deutschen Privatwirtschaft. Wenn man alle das, was in der Wirtschaft der öffentlichen Hand an Unerquicklichem in den letzten Jahren zutagegetreten ist, die von der Rechtspresse masslos zu agitatorischen Zwecken ausgebeuteten Barmat- und Sklarekaffären und anderes Lohr nimmt, und das, was wirklich gewesen ist, noch hundertmal schlimmer färbt, so verschwindet es immer noch gegenüber dem Sumpf von Korruption und Unehrllichkeit, der sich in dem Revisionsbericht der Favag auftut.

Wir können für heute aus dem Bericht nur einige Stichproben geben. Sie dürften genügen. So erfährt man aus dem Bericht, dass schon die Golderöffnungsbilanz bei der Favag falsch war. Man hatte Grundstücke zu hoch bewertet und hatte Guthaben aufgeführt, die keine Guthaben waren. So kam man in ein Labyrinth von Bilanzverschleierungen und Bilanzverschönerungen, in dem sich die Leiter des Konzerns, vor allem Generaldirektor Dumcke und seine Kollegen Becker und Dr. Kirschbaum, selbst nicht mehr zurecht fanden. So ging schliesslich das repräsentative Unternehmen des deutschen Versicherungsgewerbes unter die Devisenschieber. In Wien wurde eine harmlose Keramik G.m.b.H. gegründet. Die keramischen Erzeugnisse dieses Instituts waren Devisengeschäfte. Der Keramik G.m.b.H. in Wien standen der Sohn des Generaldirektors Dumcke und der Vertreter der Favag in Budapest vor. Diese wirtschafteten ins Blaue hinein und in ihre eigenen Taschen. Hier ergaben sich die ersten empfindlichen Verluste. Sie hätten bereits 1925 eine Sanierung der Favag notwendig gemacht. Man ging ihr jedoch mit Methoden aus dem Wege, über die der Revisionsbericht - wir zitieren hier wörtlich - folgendes sagt:

"Als dann nicht mehr gutzumachende PEulnis mehr und mehr um sich griff, fand niemand mehr den Mut zur Wahrheit und der Vorstand täuschte in nicht alltäglichem Zusammenwirken einen bis zur Grenze des Verständlichen vertrauenden Aufsichtsrat so, dass dieser erst eine Ahnung drohender Gefahr verspürte, als der masslos überschätzte Generaldirektor Dumcke verstorben war und dem Nachfolger das Format fehlte, das frevelhafte Spiel fortzusetzen... Wie diese Männer aber persönlichen Eigennutz bekundet und die Aktionäre wie Gläubiger in jahrelanger Folge schwer geschädigt haben, färbt das Bild tiefschwarz."

Ein härteres Urteil kann wohl kaum gefällt werden und wir dürfen nicht verkennen, dass dieses Urteil eines von jenen Urteilen sein wird, von dem das Aus-

land Kenntnis nehmen wird.

Wie sahen die "tiefschwarzen" Geschäfte der Favag in ihren Grundzügen aus? Man gab Garantien ohne Rückversicherungen, man nahm Sicherheiten, die schwer oder gar nicht realisierbar waren, man nahm schon notleidende Wechsel ins Portefeuille. Um ein Loch zu stopfen, wurden Dutzende von neuen Löchern aufgerissen. Um diese Zeit wurden die Drahtzieher bei der Favag ängstlich. Sie sahen dem Zusammenbruch kommen und fragten sich, wo sie bleiben. Jetzt wurde es gewissermaßen bei der Favag Prinzip, dass jeder in seine eigene Tasche wirtschaftet. Man gründete Untergesellschaften, die den materiellen Interessen der einzelnen Direktoren dienten. Die Kredite wurden von der Favag genommen. Sie trug auch die Verluste. Die Gewinne flossen an die Direktoren. Es wurden ungefähr 1½ Dutzend solcher Untergesellschaften festgestellt. 1928 waren bei der Favag bereits 29 Millionen verloren. Zu gleicher Zeit wurde aber in der Bilanz ein Reingewinn von 3 Millionen Mark nachgewiesen und eine Rekorddividende von 12,5 Prozent gezahlt. Das ist einer derjenigen, vom Unternehmertum so oft zitierten Fälle, wo wirklich eine Dividende aus Verlusten gezahlt worden ist.

Man fragt sich, wie die im Revisionsbericht der Favag enthüllten Dinge überhaupt möglich waren. Versagt hat der Aufsichtsrat. Das wird ihm in dem Revisionsbericht eindeutig bestätigt. Es wird auch eindeutig die Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats festgestellt. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass die kommende Aktienrechtsreform eine wirkliche Kontrolle in der Beaufsichtigung der Erwerbsgesellschaften einschalten muss. Diese wirkliche Kontrolle kann nur die Hinzuziehung der Arbeiterschaft im Sinne der Gewerkschaftsforderungen sein. Der Revisionsbericht bestätigt weiter, dass das Aufsichtsamt versagt hat. Als die Devisengeschäfte mit der Keramik G.m.b.H. zusammenbrachen und der ungarische Staat drohte, bestimmte Tochtergesellschaften unter Zwangsverwaltung zu stellen, wurde das deutsche Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung auf die Dinge aufmerksam gemacht. Aber das Amt beruhigte sich und so ist es von dem katastrophalen Zusammenbruch im Sommer 1929 ebenso überrascht worden wie der Aufsichtsrat. Wir haben im Anschluss an die Favagpleite eine Revision des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung gefordert. Gegen diese Forderung hat sich das Versicherungsgewerbe in letzter Zeit scharf gewandt. Der Favagbericht liefert u.a. den Beweis, wie berechtigt unsere Forderungen sind.

SPD. Köln, 12. März (Eig. Drahtb.)

In der Gemeinde Lieblar wurde der erwerbslose Arbeiter Oepen von einem staatlichen Förster beim Vogelfang betroffen und als er auf einem Rad flüchten wollte, angeschossen. Wenige Stunden später ist Oepen im Krankenhaus gestorben. Während sich der Förster um den Verletzten nicht kümmerte, versuchte ihm ein Invalide Hilfe zu bringen. Diesem Invaliden setzte der Polizeibeamte Bauer, der den Förster begleitete, seinen Revolver mit dem Rufe auf die Brust: "Was machen Sie noch hier?"

In der Gemeinde Lieblar herrscht wegen des Vorfalles starke Erregung. Der Getötete, der erwerbslos war, wollte Vögel fangen, um seiner Familie die zum Leben notwendige Nahrung zu verschaffen.

SPD. Amsterdam, 12. März (Eig. Drahtb.)

Die niederländische Regierung hat am Mittwoch beschlossen, der russischen Gesandtin in Norwegen, Frau Alexandra Kollontay, die zwecks Teilnahme an einer Frauen-Protesttagung des Weltbundes für Frauenstimmrecht und gleiches Staatsbürgertum im Haag um ein Visum nachgesucht hatte, die Einreise nach Holland zu verweigern.

SPD. Paris, 12. März (Eig. Drahtb.)

In den Pyrenäen-Provinzen Frankreichs hat sich am Dienstag eine neue Überschwemmung ereignet. Die Hauptstadt des Baskenlandes Saliés de Bearn steht zu 75 Prozent unter Wasser, das in der Stadt selbst bereits eine Höhe von 1,50 Meter erreicht hat. Da rechtzeitig zur Zwangsräumung der Wohnungen geschritten worden war, sind Todesopfer nicht zu beklagen. Der Sachschaden beträgt mehrere Millionen Franken.

SPD. Die Haltung der Bayerischen Volkspartei, die am Mittwoch unter dem Druck des bayerischen Ministerpräsidenten trotz ihrer Zugehörigkeit zur Regierungskoalition gegen die Younggesetze und das Polenabkommen stimmte, hat innerhalb der Regierungskoalition grosse Empörung ausgelöst und dürfte wahrscheinlich noch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition führen. Der Zustand, dass eine Regierungspartei der eigenen Koalition in einer entscheidenden Abstimmung in den Rücken fällt, nur weil gewisse partikularistische und ausgesprochen egoistische Wünsche nicht erfüllt worden sind, ist auf die Dauer unerträglich. In der Bayerischen Volkspartei hat man dafür sehr wohl Verständnis. Die Stimmenthaltung des Vorsitzenden dieser Fraktion, des Abg. Leicht, lässt z.B. darauf schliessen, dass er mit der von dem bayerischen Ministerpräsidenten Held erzwungenen Haltung nicht einverstanden war und ist. Wenn es ferner stimmt, dass Leicht seinen Fraktionsvorsitz niederlegen wird, so ist das immerhin eine Demonstration gegen Held, von deren Auswirkung man hoffentlich erwarten darf, dass sich die Bayerische Volkspartei als Regierungspartei in Zukunft so verhalten wird, wie es in ihrem Interesse und dem der Regierung angebracht erscheint. Im anderen Falle sind weitere Konsequenzen unumgänglich. Ein Vergnügen, wie es sich die Bayerische Volkspartei gestern geleistet hat, d.h. in der Regierung zu sitzen und bei einer entscheidenden Abstimmung gegen die Regierung zu stimmen ist jedenfalls für die Regierungskoalition künftig nicht zu ertragen.

SPD. Paris, 12. März (Eig. Drahtb.)

Immer noch gibt es keine Statistik, die die Grösse der Überschwemmungskatastrophe veranschaulichen könnte. Man gewinnt jedoch einen gewissen Überblick aus folgenden Zahlen: Bis Mittwoch ist die Identität von rund 300 Toten festgestellt. In dem am schwersten betroffenen Departement Tarn-Garonne sind 2000 Häuser in Schutt verwandelt und etwa 1000 andere müssen noch niedergelegt werden. Im gesamten Überschwemmungsgebiet sind 600 Fabriken vollständig zerstört. Der seit drei Tagen anhaltende Regen hindert die Aufräumarbeiten und lässt das Grundwasser nicht zurückgehen. Infolgedessen ist es auch unmöglich, das tote Vieh zu begraben. Man muss sich damit begnügen, die Tausende von Kadavern mit Kalk und Desinfektionsstoffen zu bedecken. Auch die Beerdigung der täglich neu aus den Trümmern gezogenen Toten ist nur unter grössten Mühen möglich. Die Regierung hat neue Hilfstruppen nach Südfrankreich geschickt die mit anerkanntem organisatorischen Geschick die Schutt- und Trümmerhaufen entwirren. Auf den gestörten Hauptlinien der Eisenbahn funktioniert wieder der Verkehr, wenn auch auf grossen Umwegen. Die Wiederherstellung der lokalen Verbindungen erfordert jedoch nach den Berechnungen der Eisenbahn eine Zeitdauer von 2 Monaten.

Inzwischen haben zahlreiche Pariser Warenhäuser Lastwagen mit Wäsche und Kleidungsstücken in die überschwemmten Gebiete geschickt. Die verwüsteten Städte und Dörfer werden der Reihe nach von anderen französischen Gemeinden adoptiert. Auf die in Frankreich ausgelegte Opferliste sind bis heute bereits rund 12 Millionen Franc freiwillige Spenden gezeichnet worden; das sind 2 Mil-

lionen Goldmark. Mit Hilfe der Gewerkschaften gehen die Sammelisten durch alle Arbeitsstätten und nicht der geringste Teil der Spenden fliesst aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten. So hat z.B. die Organisation der Eisenbahnbeamten und -arbeiter allein 1 Million Franc für ihre vom Unglück betroffenen Kollegen zur Verfügung gestellt. Auch im Ausland und besonders in den mit Frankreich eng befreundeten Staaten bilden sich Hilfsorganisationen.

Aber selbst die grössten privaten und freiwilligen Spenden können angesichts des Schadens nur ein Tropfen auf einen heissen Stein sein. Wie uns von einem Mitglied des Finanzausschusses der Kammer mitgeteilt wird, beziffert sich nach oberflächlicher Schätzung die Höhe der zum Wiederaufbau notwendigen Kredite auf mindestens 2 Milliarden Franc. Der hierzu dem Parlament vorgelegte Gesetzentwurf stellt die Hochwassergebiete unter die gleichen Anordnungen und Verfügungen wie sie für die vom Krieg zerstörten Provinzen getroffen wurden. Um aber die bei jenem Wiederaufbau vorgekommenen Unregelmässigkeiten, Missbräuche und Durchstechereien von vornherein unmöglich zu machen, fordert die Öffentlichkeit unter Führung der sozialistischen Kammerfraktion die Konzentrierung der Wiederaufbauarbeiten und alle notwendigen Schutzmassnahmen.

SPD. New Delhi, 12. März (Eig. Drahtb.)

Der indische Freiheitsführer Gandhi hat am Mittwoch beim Morgenrauen Achmetabad, sein Hauptquartier zu seinem grossen Marsch nach dem 250 Kilometer entfernten Salzlager von Jalalpur am Golf von Sambah nördlich von Bombay verlassen, und damit den historischen Kreuzzug gegen England begonnen. Der Aufbruch vollzog sich unter beispiellosen Szenen der Begeisterung, Tausende von Menschen hatten die Nacht vor Gandhis Hauptquartier Wache gehalten, um den Führer bei seinem Aufbruch zu begrüessen.

Gandhi ist auf seinem Zug von 80 auserwählten Schülern begleitet. Der Zug ist bereits am ersten Tage zu einer riesigen Prozession angewachsen. Die erste Etappe glich einem wahren Triumphzug. Überall eilte die Bevölkerung herbei und streute Geldstücke und Blumen auf Gandhi und seine Anhänger herab. Der erste Tagesmarsch wurde in Aslali abgeschlossen, wo Gandhi eine Rede hielt, in der er daran erinnerte, dass die Regierung seinen Hauptmitarbeiter Patel wegen einer blossen Versammlungsrede verhaftet habe. Möge die britische Regierung kommen und auch ihn hinter Schloss und Riegel setzen. Gandhi bezeichnete schliesslich die Einziehung der Salzsteuer durch die Regierung von Indien als Diebstahl und erklärte, er und seine Anhänger seien bereit, im Kampfe für die Abschaffung dieser Steuer alles, selbst den Tod auf sich zu nehmen. - Vertreter verschiedener Filmkompagnien, darunter auch eine Gruppe deutscher Filmleute, begleiten Gandhi auf seinem Zug.

SPD. In Besprechungen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei verlangten die Bayern am Mittwoch von den übrigen Verhandlungspartnern, dass sie für die Aufrechterhaltung des § 35 des Finanzausgleichs, dessen Beseitigung die preussische Regierung im Reichsrat beantragt hat, eintreten. Dieser § 35 enthält die Bestimmung, dass leistungsschwache Länder Reichszuschüsse erhalten sollen. Die Verhandlungen führten zu keiner Verständigung. Die Bayerische Volkspartei stimmte deshalb in ihrer Mehrheit sowohl gegen die Younggesetze wie gegen das Polenabkommen.

SPD. London, 12. März (Eig. Drahtb.)

Der am Mittwoch veröffentlichte Voranschlag für die britische Armee weist eine Verminderung von rund 12 Millionen Mark gegenüber dem laufenden Finanzjahr auf. Die Gesamtkosten für die britische Armee werden sich auf 810 Millionen Mark gegenüber 822 Millionen im Jahre 1929 belaufen. Die tatsächlichen Einsparungen sind jedoch grösser, ohne zahlenmässig in Erscheinung zu treten, da im Finanzjahr 1930 die Zahlungen für die Besatzungstruppen infolge der Beendigung der Rheinlandbesetzung aufhören.

Kriegsminister Tom Shaw betont in einem Memorandum, dass ein ausgesprochener Rückgang der Rekrutierungen für die Armee festzustellen sei. Der Gesamtstand der britischen Truppen werde 10 000 Mann unter dem normalen Stand betragen.

Im Unterhaus teilte der erste Lord der Admiralität am Mittwoch mit, dass Grossbritannien seit dem 1. Januar 1928 seine Kriegsbauten gegenüber dem Flottenprogramm um 66 000 Tonnen freiwillig vermindert habe. Soweit er wisse, hätte keine andere auf der Londoner Konferenz vertretene Macht irgendwelche Abstriche gemacht. Snowden wird aber trotz der Verminderungen der Ausgaben für Flotte und Armee im kommenden Budget die Mittel für ca. 500 Millionen Mehrausgaben finden müssen. Man vermutet, dass der Schatzkanzler durch eine zusätzliche Besteuerung der Einnahmen über 40 000 Mark im Jahre finden wird.

SPD. Der Reichspräsident hat am Mittwoch die Ernennung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther zum Reichsbankpräsidenten für die Amtsdauer von vier Jahren vollzogen.

SPD. Paris, 12. März (Eig. Drahtb.)

Der Berliner Landgerichtsrat Georg Krauss, ein bekannter Spezialist für internationales Zivilrecht, hat am Mittwoch in der Aula der Sorbonne seine Doktor-Dissertation gehalten. Landgerichtsrat Krauss ist der erste deutsche "Student" seit dem Weltkrieg, der das französische Doktorat erwirbt.

SPD. Sofia, 12. März (Eig. Drahtb.)

Der von den Kommunisten zum 6. März proklamierte "Weltfeiertag" gestaltete sich in ganz Bulgarien zu einem grossen Fehlschlag. In Sofia sollte diese Pleite am Mittwoch durch einen halbtägigen Streik und durch Erwerbslosenkundgebungen aufgeholt werden. Aber auch am Mittwoch verliessen die Arbeiter nirgends die Fabriken. Kleine Gruppen, die Demonstrationsversuche machten, sties- sen auf den Widerstand der Polizei. Im Verlauf der Zusammenstösse wurden zahlreiche Personen leicht verletzt. Ausserdem wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Hinter den Kulissen des Kapp-Putsches.

SPD. Nach den Osterfeiertagen des Jahres 1920 erschienen in mehreren Organen der sozialdemokratischen Partei Auszüge aus den Briefschaften des im Kapp-Putsch erschlagenen Hauptmanns Berthold. Diese Briefe lagern heute an irgendeiner amtlichen Stelle, und sie dürften aus der Verborgenheit eines Büroschreibfaches nicht sobald in die breite Öffentlichkeit treten. Erfreulicherweise existieren mehrere gute Kopien der Bertholdschen Korrespondenz mit seiner militärischen und zivilen Beratern und Helfershelfern, so dass man heute den Gang und das Ziel des konterrevolutionären Märzputsches, der an die Namen Kapp und Lüttwitz geknüpft ist, genau verfolgen kann.

Die Putschisten suchten zunächst die alten militärischen Würdenträger des Kaiserreichs und dann die jungen abenteuerlichen Offiziere der zerfallenen und zerklüfteten Armee für ihre Umsturzpläne zu mobilisieren. Bei einiger Überlegung mussten sich aber die Organisatoren des Umsturzes sagen, dass dieser ohne jeden nachhaltigen Erfolg ausgehen würde, wenn sie nur draufgängerische, in den Staatsgeschäften völlig unbewanderte Soldaten für die Niederwerfung der jungen deutschen Republik erobern würden. Die Ergreifung und namentlich die Beherrschung der Staatsgewalt durch eine siegreiche konterrevolutionäre Clique machten die Einordnung der hohen Bürokratie und der mittleren Beamten-schaft in die Konspirationsarmee und die tätige oder stillschweigende Unterstützung des Umsturzes durch einflussreiche Parteiführer zu einer politischen Notwendigkeit.

Aus den Papieren Bertholds ersieht man nun, dass dieser die konterrevolutionäre Organisation in eine militärische und in eine zivile politisch-wirtschaftliche gliedert. Seine militärischen Agenten werben entschlossene Anhänger in den Garnisonen Bayerns, und zugleich suchen sie tätige Förderer ihrer Pläne in den Kreisen der Regierungsbeamten und Parteiführern. So versprechen sie sich besondere Hilfe von dem bayerischen Regierungsrat Ankenbrand und dem bayerischen Parteiführer Dr. Heim.

Nach dem Plan: "Organisation in Bayern" soll "die Waffe" den ersten Schlag führen, sie "reinigt die Luft, beseitigt rasch und rücksichtslos all das, was an Schwäche und Verbrechertum dem Volke den Atem abschneidet. Nach geführtem Schlag bildet der Teil des Volkes in Waffen die Hauptstärke für den sogenannten Zivil- und Wirtschaftsdiktator...". Das bedeutete in der Sprache der militärischen Landsknechte und Abenteurer ein systematisches Abmurksen aller sozialdemokratischen und ehrlichen demokratischen Elemente, die sich der von allen Monarchisten fanatisch bekämpften "Novemberrevolution" angeschlossen hatten. Die Ermordung Erzbergers und Rathenaus, die aus dem Geiste der abenteuerlichen jungen Märzverschworenen herausgeboren war, bewies, dass der beabsichtigte "Schlag" nicht nur die Häupter führender Sozialisten treffen sollte. In dem Plane ist die Aufstellung "schwarzer Listen", das heisst der Proskriptionslisten vorgesehen.

Der Bertholdsche Organisationsplan fasst ins Auge: die Mobilmachung der Reichswehr und Studentenschaft, die "Mobilisierung der Bürgerschaft" und die "Zusammenfassung sämtlicher Bestrebungen, die auf militärischem Gebiete von anderer Seite betrieben werden." Die Verschwörer rechnen also mit dem Abfall der Reichswehr von der Republik, und in der Tat sind verschiedene Reichswehrgruppen zu den Putschisten abgeschwenkt oder haben sich sehr zweideutig gegenüber der Republik betragen. In dem Plane Bertholds heisst es wörtlich: "Sämtliche Offiziere, die als gut bekannt, werden in dem Offizierskorps: "Eiserne Schar" zusammengefasst. Sie sind es auch, die die derzeitige unter Waffen stehende Truppe im deutschen Geiste beeinflussen und bearbeiten. Sondierung aller als streng zuverlässig bekannten Elemente. Studentenschaft eingeteilt in Kompanien und Bataillone mit schon jetzt bestimmten Führern."

Nach dem Plane Bertholds soll sich die "Zivilorganisation in ihrer Glie-

derung und in ihrer Arbeit fest auf die militärische Organisation stützen. Die "Zivilorganisation" hat natürlich ihren wirklichen Charakter sorgfältig zu verstecken. "Die Arbeit ist eine öffentliche unter dem Aushängeschild: Antibolschewistische Liga". In der Tat fanden sich die reaktionären, der Kapp-Verschöpfung zuneigenden Gruppen vielfach unter dem Feldgeschrei: Nieder mit dem Bolschewismus zusammen. Im übrigen gaben sich die Putschisten schnell den optimistischsten Hoffnungen auf die Durchführung ihrer Pläne durch die Zivilisten hin. Sie glauben in der Tat und Wahrheit, einen so verschlagenen und kühl rechnenden Politiker wie Dr. Heim schon völlig für sich gewonnen zu haben. So heisst es z.B. einmal in den Papieren Bertholds über die Organisation in Bayern wörtlich: "Was die Mobilisierung hinsichtlich Regierung und Zivil verlangt, so wird diese jetzt schon gelöst durch Dr. Heim (?!) in Verbindung mit massgebenden Männern des zivilen Wirtschaftslebens. Grundlage hierbei muss derselbe Geist sein, der die militärische Organisation und die führenden Militärs aus sich heraus schuf."

Als der Umsturzplan in seinen Grundlagen feststand, bereiste Hauptmann Berthold Bayern, um alle Vorbereitungen für die Konterrevolution zu treffen. Seine Agenten hielten in den bayerischen Garnisonen Umschau. Am 4. Februar 1920 berichtete einer seiner Agenten: "Bis auf Amberg sind die mir zugefallenen Garnisonen chloroformiert." In Würzburg treffen die Konspiratoren nicht sonderlich vorteilhafte, ihre Pläne begünstigende Verhältnisse an. Die "zurückhaltenden" Herren der Reichswehr hängen zu sehr, wie es heisst, an der "Futterkrippe". "Sollte die Reichswehr Schwierigkeiten machen, was kaum zu erwarten, so wird sie von der hiesigen Marschgruppe schlagartig über den Haufen gerannt. Die Erlanger Studentenschaft hat eine Kompagnie gebildet. Da und dort wird Fühlung mit deutschvölkischen Gruppen genommen." Am 21. Februar 1920 will Hauptmann Berthold seinen konterrevolutionären, auf die Einsetzung einer militärischen und wirtschaftlichen Diktatur gerichteten Plan dem Dr. Heim unterbreitet haben. Wir glauben, dass sich Berthold getäuscht hat, als er aus seinen Unterredungen mit Heim den Schluss zog, dass dieser kluge Politiker irgendeine verantwortliche und führende Stellung in dem Plane des norddeutschen Fanatikers einnehmen wollte. Das widerspricht dem ganzen Wesen Dr. Heims.

In Würzburg setzte sich Berthold mit dem Regierungsrat Ankenbrand auseinander, der, ganz partikularistisch, die Bildung eines norddeutschen und süddeutschen Blocks vorschlug, "zwischen denen eventuell sogar eine Zollgrenze bestehen könnte".

Am 23. Februar 1920 erfolgen eingehende Besprechungen mit den konterrevolutionären Verbündeten in München. Aus diesen Unterhandlungen hebt sich deutlich die Figur des Majors Bischof heraus, der vor allem in die Diskussion der Frage eingreift: Wann muss und wann darf der "Schlag" erfolgen. Man findet sich schliesslich in der Meinung zusammen: der Schlag muss erfolgen, sobald "bolschewistische Anzeichen sich bemerkbar machen", sobald "der Hunger Ruhe und Sicherheit im Volke in Frage stellen". Er "darf" nur erfolgen, sobald "wir in der Lage sind, dem Volke einigermaßen Brot zu geben. Die Verhandlungen mit Amerika sollen beschleunigt werden." Der partikularistische Gedanke scheint sich auch in München vorgedrängt zu haben, aber schliesslich wird doch festgestellt: "Keine Trennung zwischen Preussen und Bayern und Diktator: Ludendorff. Bayern erhält Winke durch Preussen. Schlägt Bayern selbständig los, so wird Preussen benachrichtigt."

Der Umsturzplan Bertholds ist einigermaßen korrekt in Bayern durchgeführt worden. Preussen gibt nun am 13. März durch die Besetzung Berlins durch die Truppen Ehrhardts das Signal zum Aufbruch. An diesem Tage treten in München die zeitfreiwilligen Studenten zusammen. Diese wirken nun bestimmend auf die Haltung grosser Gruppen der Münchener Reichswehr ein. Ein Oberleutnant Hemmter übernimmt die Führung der "Zeitfreiwilligen" zum Sturze des bayerischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hofmann, und am 14. März schlägt die Stimmung der Reichswehr um. Als Zeuge der Revolte der Zeitfrei-

willigen, der Reichswehr und der Polizei schrieb der Staatssekretär Alwin Sänger später über die Vorgänge im bayerischen Ministerium diese Zeilen:

"In dem Ministerrat des 14. März waren unter anderem auch der Polizei- präsident Pohner und Herr Escherich anwesend. Auch diese Herren verlangten übereinstimmend wegen der Stimmung der Truppen die Übertragung ausserordentlicher Vollmachten im ganzen Lande an einen Offizier, nämlich an General Mohl. Zu meiner grössten Verwunderung fand ich beim Betreten des Zimmers des Ministerpräsidenten am Ministertisch noch den Herrn Hemmeter in Uniform (in den Vorzimmern standen konferierend Offiziersgruppen); Herr Hemmeter war damals ein Führer der Zeitfreiwilligen und Agitator der deutschnationalen Studentenschaft. Dieser Herr verschwand dann wieder. Im Verlauf des Ministerrats wurde ein liberaler Minister von diesem Herrn herausgebeten. Der liberale Kollege des Kabinetts erzählte dann seiner Umgebung: Herr Hemmeter habe ihn aus persönlicher Freundschaft darauf aufmerksam gemacht, dass er sich unverzüglich entfernen möge, da in der nächsten Viertelstunde für die Mitglieder des Ministerrats nicht mehr garantiert werden könne. Während des Ministerrats erschien im offiziellen Auftrag des politischen Abteilungschefs der Polizeidirektion München ein Beamter vor dem versammelten Ministerrat, um offiziell mitzuteilen, dass die Polizeidirektion München es ablehne, angesichts der Stimmung der Truppen dem Ministerrat Schutz zu garantieren. Ministerpräsident Hoffmann antwortete: "Die Herren mögen nur ungeniert herein- kommen!"

In München siegten die Kappisten. Hofmann musste zurücktreten, und Kahr, ein ausgesprochener Monarchist, der sich später selbst als Statthalter der Wittelsbacher aufspielte, wurde Ministerpräsident. Der "Plan" Bertholds wurde dort in Scene gesetzt - allerdings nur halb. Die zeitfreiwilligen Studentebataillone marschierten voran, die Armee folgte, und die Zivilbehörden: die hohen Beamten und die Polizei revoltierten offen gegen die sozialdemokratischen Minister. Dass der Plan nur halb zur Ausführung kam, dass sich die Schreckensherrschaft in Bayern nicht durchsetzte, das wird dem erfolgreichen Generalstreik der deutschen Arbeiter, Angestellten und der mittleren Beamten geschuldet, der die Diktatur Kapp mit einem gewaltigen Ruck stürzte.

SPD. München, 12. März (Eig. Drahtb.)

Die Hakenkreuz-Wirtschaft in der Stadt Koburg ist für die freie Arbeiterschaft lebendiger Anschauungs-Unterricht dafür, dass die Hitlerianer aus reinem Partei-Interesse die Rechte der Arbeiterschaft brutal unterdrücken. Vor kurzem wurde fünf Arbeitern des Koburger Stadtbauamts ohne ersichtlichen Grund gekündigt. Auf ihre Beschwerde erklärte der zuständige Nazi-Stadtrat:

"Wir haben nichts gegen Euch, aber unsere Parteianhanger verlangen von uns, dass wir Euch entlassen, weil Ihr nicht unserer Partei angehört. Wir wollen unseren Leuten beweisen, dass wir die Stärkeren im Rathaus sind, und dass die Sozialdemokraten nichts zu sagen haben. Indem wir Euch entlassen, haben wir einen Schlag gegen die Sozialdemokratie geführt."

Auf den Einspruch der fünf Arbeiter beim Betriebsrat erklärte der Sprecher der Nationalsozialisten im Bau-Senat: "Mit dem Betriebsrat wird überhaupt nicht verhandelt. Die Kündigung bleibt bestehen." An die Stelle der Leute, unter denen vier Familienväter sind, wurden kurz darauf statt fünf sogar sechs Hakenkreuzler, nämlich vier Hitlerianer und zwei Stahlhelmer, eingestellt.

aus aller Welt

Rückkehr zu Mohammed!

Die Türken werden wieder fromm - Predigerkampf gegen die Regierung - Almosen nicht für die Armen, sondern für die Luftflotte.

SPD. Da in Stambul die altgläubigen Mohammedaner sich mehr und mehr in den Schoss der zahlreichen neugegründeten Sekten flüchten, waren während des heiligen Fastenmonats Ramasan der Mohammedaner im Februar die Stambuler Moscheen wenig besucht; nur in der anatolischen Provinz war das Gegenteil der Fall. Seit Jahrzehnten sind dort die Bauern nicht in solchen Massen in die Moscheen geströmt, wie in diesem Jahre. Konnte man Anderes erwarten?

Der analphabetische anatolische Bauer hat nach drei schweren Misserten vergeblich auf Hilfe durch seine Regierung gehofft, die nur an ihre militärische Rüstungen und strategischen Eisenbahnbauten denkt: so gab er die Hoffnung auf diese Regierung auf und wandte sich in althergebrachter Weise wieder seinem Gotte zu.

Von den 8 000 Eisenbahnarbeitern der Firma Julius Berger liefen mehr als 7 000 bei Beginn des Ramasan fort, um die Fasten nach den religiösen Vorschriften gottgefällig zu begehen. In den meisten anatolischen Dörfern hat die ganze Bevölkerung wie zur Hochzeit des Islam die Fasten genau eingehalten und am Tage weder gearbeitet noch gegessen. Die Nacht, in der nach der Tradition der Koran auf die Erde gekommen sein soll, hat die halbe Bevölkerung des ganzen Landes in den Moscheen beten verbracht. Ja, in Angora selbst, wo das heutige Regime noch am tiefsten verwurzelt ist, war während des ganzen Ramasan die Moschee so überfüllt, dass die Mohammedgläubigen in endlosen langen Reihen auf offener Strasse standen, um ihre Gebete zu verrichten.

Kein Wunder, dass die Geistlichen nach fünf Jahren Einflusslosigkeit wieder Morgenluft zu wittern glauben. Die Predigten waren zwar allgemein vorsichtig gehalten, entbehrten aber nicht der kritischen Einstellung gegenüber dem neuen Regime. In der berühmten Aja Sofia hielt ein Derwisch eine zündende Rede gegen die vom "Scheitan" (dem Teufel) besessene gegenwärtige Regierung; Spitzel unterrichteten die Polizei, die in die Moschee eindrang, aber der Derwisch entkam unerkannt. In der nicht viel weniger berühmten Grünen Moschee in Brussa kritisierte der Iman öffentlich die Verfügung der Regierung, die zu Bairam üblichen Almosen dem Luftflottenverein und nicht den Armen zu geben; er forderte die Gläubigen auf, dieser Verfügung nicht Folge zu leisten. Polizisten führten den Geistlichen von der Kanzel hinweg ins Gefängnis. Ähnliche Zwischenfälle werden auch aus anderen Orten berichtet.

Rasierstreik in Litauen. Wegen einer nicht zugestandenen Lohnerhöhung haben die Postbeamten von Kowno, denen ein Streik unter der Diktatur strengstens verboten ist, beschlossen, sich solange nicht rasieren zu lassen, bis sie ihre Forderungen durchgesetzt haben. Sollten sie mit ihrem stacheligen Verhalten nicht zum Ziele kommen, so ist geplant, sich auch nicht mehr zu waschen und sich nicht mehr die Nägel zu schneiden.

Schärfe gegen "Blinde". Die deutschen Reedereien haben wegen des immer häufigeren Vorkommens von blinden Passagieren beschlossen, eine verschärfte Bewachung der Schiffe in den Häfen durchzuführen. Allein von einem einzigen Dampfer wurden dieser Tage in der Holtenuer Schleuse fünf Mann herunterge-

holt, die sich im Koblenbunker hatten einschliessen lassen. Die ungebetenen Gäste sind meistens 16 bis 17jährige Burschen.

+ + +
Eine siebzehnjährige Brandstifterin. Als Schuldige an mehreren Brandstiftungen wurde in Schönefeld (Mark) ein siebzehnjähriges Mädchen festgestellt. Das Mädchen hat eine ganze Reihe von Bränden, die seit dem 12. Februar dieses Jahres in Abständen von wenigen Tagen die Bevölkerung des Ortes Schönefeld in Schrecken setzten, auf dem Gewissen. Die 17 Jährige wurde von Beamten der Berliner Kriminalpolizei im Beelitzer Krankenhaus verhört, wo sie wegen einer bei einem der letzten Brände erlittenen Verletzung in Behandlung liegt. Zuerst leugnete sie ihre Schuld und versuchte ein Alibi für die einzelnen Brände nachzuweisen, verwickelte sich aber immer mehr in Widersprüche. Schliesslich legte sie ein Geständnis ab. Dieses Mädchen ist die Tochter eines Berliner Beamten. Wenn es die Brände gelegt hatte, alarmierte es die Feuerwehr und half dann bei den Löscharbeiten eifrig mit.

+ + +
Was Tetzner gestand. Dem Geständnis des Versicherungsmörders Tetzner ist zu entnehmen, dass der grausame Mörder des Wanderburschen schon ziemlich lange die Absicht hatte, sich die auf sein Leben stehende Versicherungssumme von 140 000 Mark zu verschaffen. Zwischen Hof und Bayreuth trat Tetzner einen jungen Wanderburschen, den er vorschlug, mit ihm zusammen nach München zu fahren. Im Nabtal bei Regensburg ging dann in der Nacht die grauenvolle Tragödie vor sich. Schon unterwegs hatte Tetzner "aus Versehen" Benzin im Wagen verschüttet. Ein nicht geringes Quantum goss er auf den Wanderburschen. Dann liess er den Wagen halten, angeblich wegen einer notwendigen Motorreparatur, in Wahrheit aber um das Benzin zur Explosion zu bringen. Der junge Mann sass ziemlich verschlafen im Wagen, sodass es ihm nicht möglich war, noch rechtzeitig zu flüchten. Möglicherweise hat Tetzner schon vorher mit ihm gezecht. Da sofort eine riesige Stichflamme aufstieg, die den Wagen in Sekundenschnelle in Flammen hüllte, verbrannte das Opfer bei lebendigem Leibe. Tetzner sprang sofort auf die Seite, um bei der grossen Helligkeit, die durch das Feuer entstand, nicht gesehen zu werden. Nachdem Auto und Opfer verkohlt waren, ging der Mörder zu Fuss nach Regensburg, von wo aus er über München nach Strassburg fuhr.

Frau Tetzner ist im Gegensatz zu ihrem Manne nicht geständig. Auch müssen noch Geldmittel vorhanden sein, da sie sich in Rechtsanwalt Dr. Straus München einen eigenen Wahlverteidiger bestellte. Tetzner erhält einen Pflichtverteidiger. Am Mittwoch morgen ist die Kassierererin Katharina Nagel, die angebliche Mitwisserin des Mordplanes, als wahrscheinlich unschuldig aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

+ + +
Farbtonfilm durch Radio? Der Berliner Ingenieur A. Ahronheim hat eine Versuchsapparatur vorgeführt, durch die es möglich ist, nicht nur den schwarz-weißen, sondern auch den farbigen Tonfilm durch Radio zu übertragen. Die Lösung des Problems gestaltet sich nach Ahronheims Versuchen so, dass auf der Sendeseite die verschiedenen Farben durch Siebkreise von entsprechender Frequenz erfasst werden, worauf die den einzelnen Farben zugehörigen Eigenschwingungen dem Fernsender durch ein besonderes Modulationsverfahren aufgeprägt werden. Auf der Empfangsseite wird die ausgestrahlte Welle durch entsprechende Siebkreise in die einzelnen Farben zurückverwandelt. Das farbige Fernsehbild als solches entsteht unter Benutzung bereits angewandter Einrichtungen. Die Übertragung der Töne soll bei dem Ahronheimschen Modulationsverfahren auf der gleichen Welle möglich sein.

+ + +
Ein Zirkus zu verkaufen! Direktor Stosch-Sarrasani, der augenblicklich in Berlin gastiert, kündigt an, dass er seinen Zirkus, ein Objekt von 26 Millionen Mark, verkaufen will. Vermutlich dürfte es für dieses Riesenunternehmen, das mit den Riesensteuern und Spesen, die auf ihm lasten, durchaus nicht sehr

gewinnbringend ist, nur wenig Reflektanten geben. Unter den Interessenten befinden sich ein englisches Konsortium und zwei amerikanische Kapitalistengruppen. Eine Hauptschwierigkeit fand der Zirkus Sarrasani in letzter Zeit darin, dass die Zahl der Plätze in den Grosstädten sehr abnimmt, während ein Zirkus von der Grösse des Zirkus Sarrasani andererseits in erster Linie auf Grosstädte angewiesen ist.

+ + +
Drei Opfer der Eifersucht. Am Mittwoch morgen fand man in dem Münchener Stadtteil Haidhausen in seiner Wohnung den 23 jährigen Musiker Steinke mit seiner Ehefrau und seinem vierjährigen Kind durch Gas vergiftet tot auf. Das Paar ging in den Tod, nachdem es sich in dauernden Eifersuchtsszenen das Eheleben zur Ehekölle gemacht hatte.

+ + +
Grossfeuer in Danzig. Auf der Danziger Speicher-Insel geriet der grosse Getreide-Doppelspeicher Gloria der Firma Cohn in Brand, der u.a. auch auf einen weiteren grossen Teil der leicht entzündbaren Lagermaterialien übergriff. Die Feuerwehr war lange mit den Lösch- und Schuttarbeiten beschäftigt. Der Schaden wird auf eine Million Gulden beziffert. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann von einem herabfallenden Giebelstück tödlich getroffen und in die Motten geschleudert.

+ + +
Millionenverluste in Prag. Durch misslungene Spekulationen hat der Prager Rechtsanwalt Dr. Siegfried Kersch seine Klienten, unter denen sich die Erben des Grossgrundbesitzers Beskowski befanden, um rund drei Millionen Tschechenkronen geschädigt. Aktiven sind in nennenswertem Masse nicht vorhanden.

+ + +
Falsche Spielmarken in Monte Carlo. Bei einem Handwerker in Wien hat der 62 jährige polnische Kaufmann Simon Rappaport aus Dombrowa für 20 000 Mark Spielmarken in Auftrag gegeben, die er in Monte Carlo einschmuggeln wollte. Der mit der Herstellung der Marken beauftragte Handwerker benachrichtigte die Polizei, die Rappaport, der gern einen anderen, angeblich bereits abgereisten Auftraggeber vorschreiben möchte, verhaftet. Es scheint, dass durch die Verhaftung des Schwindlers ein ziemlich gross angelegter Betrug an der Spielbank verhindert worden ist.

+ + +
Betrug bei der Reichsschuldenverwaltung. Einem noch unbekanntem Betrüger sind durch eine Fälschung bei der Reichsschuldenverwaltung 39 000 Mark in die Hände gefallen. Der Schwindler hatte eine gleichlautende Restforderung eines Dresdner Kaufmanns, der dieses Geld von der Reichsschuldenverwaltung zu bekommen hatte, ermittelt. Indem der Schwindler den Namen dieses Kaufmannes missbrauchte, trat er mit der Reichsschuldenverwaltung in Verbindung und erreichte von ihr die Übertragung der Summe auf eine Bank. Das Geld wurde dann in sieben Einschreibebriefen nach Hamburg gesandt, wo es der Betrüger Ende November vorigen Jahres wiederum unter dem Namen des Dresdener Kaufmannes in Empfang genommen hat.

+ + +
Ein elfjähriger Einbrecher. Ein elfjähriger Junge hat in einem in einer belebten Geschäftsgegend liegenden Frankfurter Parfümeriegeschäft einen Einbruch verübt, indem er sich an einem Strick in einen etwa drei Meter tiefen Schacht hinabliess, durch den er dann die Kellerräume des Ladens erreichte.

+ + +
Ein Hase als Todesursache. Ein Hase lief auf einer Landstrasse bei Trier in ein Motorrad; durch den Ruck wurde der Führer auf die Strasse geschleudert und getötet, während der Mitfahrer, der die Gelistesgegenwart besass, sich nach hinten fallen zu lassen, unverletzt davonkam.



Welchen Beruf ergreifen?

Zur Berufsnot der Schulentlassenen.

SPD. Ostern steht vor der Tür und damit die Schulentlassung. Wohin mit den Jugendlichen, die die Schule hinter sich haben? Was sollen sie lernen? Welchen Beruf sollen sie ergreifen? Viel Kopfzerbrechen und schlaflose Nächte verursacht diese Frage. Auf dem Arbeitsmarkt sieht es böse aus. Viele Berufe möchten sich am liebsten ganz gegen jeden Zustrom von Jugendlichen sperren. Die Lebensfähigkeit vieler Berufe ist durch technische Fortschritte stark bedroht. Technisierung und Rationalisierung haben die an- und ungelernete Arbeit mächtig anwachsen lassen. Lohnt es sich überhaupt noch, etwas zu lernen? In welchem Beruf hat man die meisten Aussichten? Fragen, Zweifel, Bedenken und Sorgen in Hülle und Fülle.

Unter diesen Umständen gewinnt die öffentliche Berufsberatung, die zu den Aufgaben der Arbeitsämter gehört, eine Bedeutung wie nie zuvor. In der Zeit vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929 wurde die öffentliche Berufsberatung im Deutschen Reich von insgesamt 223 180 männlichen und 166 692 weiblichen Ratsuchenden in Anspruch genommen. Davon waren etwa 64 000 Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten. Insgesamt wurden während dieser Zeit 147 380 Personen in offene Lehr- oder Anlernstellen vermittelt, davon 51 604 weibliche. In der öffentlichen Berufsberatung bei den Arbeitsämtern sammeln sich infolge dieser Inanspruchnahme männigfache Erfahrungen über die Berufsneigungen und die beruflichen Fähigkeiten der Schulentlassenen. Die Anforderungen von Lehrlingen aus allen Zweigen der Wirtschaft führen zu einer engen Verbindung mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Entwicklungsrichtungen des Wirtschaftslebens. Aufgabe der Berufsberatung ist es, aufklärend und ausgleichend unter den Berufsanwärtern zu wirken und der Jugend in der gegenwärtig herrschenden grossen Berufsnot zu helfen.

Wie lauten nun die Ratschläge der öffentlichen Berufsberatung in dem Problem der Berufswahl? Die Frage der Pessimisten: Hat es noch einen Zweck, einen gelernten Beruf zu ergreifen? wird grundsätzlich bejaht. Trotz Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, die auch unter den Facharbeitern herrscht, hat eine ordnungsmässige Berufsausbildung nach wie vor ihren grossen Wert. Der ungelernete Arbeiter wechselt seine Arbeitsstelle viel öfter als der gelernte. Die Gelegenheitsarbeit hat nur wenig erzieherische Wirkung. Die den jugendlichen ungelerten Arbeiter ständig drohende Arbeitslosigkeit bringt körperliche Nachteile und moralische Gefahren mit sich. Der Lehrling dagegen ist mindestens für die Dauer der Lehrzeit den Schwankungen des Beschäftigungsgrades auf dem Arbeitsmarkt nicht ausgesetzt. Die von ihm erworbenen Fähigkeiten schaffen ihm eine breitere Verwendungsbasis und mehr Umstellungsfähigkeit. Die Frage nach dem Sinn der Berufslehre ist, ohne den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft an ungelerten Arbeitskräften zu verkennen, in einem positiven Sinn zu beantworten.

Wo soll nun der Jugendliche versuchen, Fachmann zu werden? Es gibt keinen Beruf mit den "besten Aussichten" für jedermann. Trotz der grossen Arbeitslosigkeit sind noch keineswegs alle Berufe überfüllt und nicht die Berufe haben dauernd die besten Aussichten, denen augenblicklich der grösste Teil der Schulentlassenen zustrebt. Heute will oft der dritte Teil der Schüler einzelner Schulklassen Autoschlosser und ein weiteres Drittel Friseur werden. Dass unter solchen Umständen diese Berufe in kurzer Zeit überfüllt sein müssen, liegt auf

der Hand. Einseitiger Zustrom der schulentlassenen Knaben in einige beliebte Modeberufe (Auroschlosser, Friseur, Elektrotechniker, Buchdrucker, Schriftsetzer, Feinmechaniker, Koch und Konditor) und die Ablehnung anderer Berufe wie die der Dreher, Fräser, Schleifer, Former, Kernmacher und Kesselschmiede muss für die Wirtschaft wie für die Jugendlichen nachteilig ausschlagen. Ueber die günstigen wirtschaftlichen Aussichten einzelner Berufe, z.B. der Berufe der Buchdrucker, Feinmechaniker, Flugzeugbauer, Jockeys, Schiffsoffiziere, Friseurinnen, Kunstgewerblerinnen, Laborantinnen oder Telefonistinnen etwas Zuverlässiges auszusagen, ist unmöglich. Man kann einige Mutmassungen über die voraussichtliche Entwicklung anstellen, niemals aber ein sicheres Urteil für die Zukunft fällen; denn unsere Zeit ist viel zu schnelllebig, vor allem in der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung.

Die entscheidende Frage bei der Berufswahl muss daher die der persönlicher Eignung sein. Wer heute einen Beruf ergreift, darf sich nicht auf die trügerische Hoffnung vermutlicher Aussichten stützen, sondern nur auf seine Fähigkeiten. Der Jugendliche soll nur in einen Beruf hineingehen, in dem er seinen Anlagen nach etwas Tüchtiges werden kann. Tüchtige Arbeitskräfte - das haben die Erfahrungen der Arbeitsvermittlung im Laufe der letzten 10 Jahre gezeigt, kommen immer wieder unter, auch in Zeiten grosser Arbeitslosigkeit. Wer Charakter hat und sich nicht auf Protektion oder Korruption oder z.B. bei den weiblichen Arbeitskräften sogar auf Prostitution verlassen will, der muss etwas können, wenn er Beschäftigung finden soll.

Die vor der Schulentlassung stehenden Jugendlichen und ihre Eltern müssen aus den Erfahrungen der öffentlichen Berufsberatung Nutzen ziehen. Sie sollten es nicht versäumen, rechtzeitig die Hilfe der Arbeitsämter in Anspruch zu nehmen.

SPD. Der Schiedsspruch der Unparteiischen in der Tarifstreitfrage des Massschneidergewerbes, der in der vorigen Woche in Braunschweig gefällt wurde, muss nach Inhalt und Form als ein Fehlspruch bezeichnet werden. Beide Parteien hatten für die Erneuerung der Reichstarifvertragsgemeinschaft umfangreiche Anträge gestellt. Im Schiedsspruch sind alle Arbeitnehmeranträge zur Arbeitszeit- und Urlaubsfrage, zum Garantielohn sowie zur Tarifstundenberechnung unberücksichtigt geblieben; dagegen sind in 38 Positionen die tariflichen Akkordzeiten nach den Wünschen der Arbeitgeber verschlechtert worden. In der Herrenmassschneiderei sind alle Arbeiten in Akkordzeiten festgelegt, die nach fachmännischen Gesichtspunkten auf Grund der erforderlichen Arbeitszeit festgestellt sind. Ohne Ueberprüfung der einzelnen Arbeiten sind die Tarifpositionen im rein schematischen Handelsverfahren herabgesetzt worden, sodass Lohnkürzungen in den einzelnen Städtegruppen und Tarifklassen bis zu 10% in Frage kommen würden.

Da das Lohnniveau im Massschneidergewerbe im Vergleich zu den anderen Industrie- und Berufsarbeitergruppen nachweislich sehr tief steht, haben die Unparteiischen für den Akkordberechnungslohn eine sogenannte Ausgleichszulage von 5 Pfg. in den ersten 4 Städtegruppen von 4 Pfg. in den mittleren 3 Städtegruppen und von 3 Pfg. in den untersten 4 Städtegruppen vorgesehen. Der Lohn für die Zeitlohnarbeiter in der Herrenmassschneiderei, für die Akkordtagschneider sowie für die gesamte Arbeiterschaft in der Damenschneiderei soll unverändert bleiben. Durch den Schiedsspruch würde - wenn er Annahme fände - der Zustand geschaffen, dass der Akkordberechnungslohn über dem Zeitlohn liegt, ein Verhältnis, das in keiner anderen Industrie- oder Berufsgruppe zu verzeichnen ist. Trotz der Stundenlohnzulage ist aber kein Ausgleich für die Tarifverschlechterung gegeben; es würden immer noch Abzüge von 3 - 5% - je nach den einzelnen Städtegruppen und Tarifklassen - in Frage kommen.

Die Entscheidung und die Begründung der Unparteiischen sind so widerspruch-

voll und werden der Sachlage so wenig gerecht, dass eine Erneuerung der Reichs-tarifvertragsgemeinschaft auf dieser Grundlage als ausgeschlossen erscheint. Wie schlecht die Unparteiischen bei ihrer Entscheidung beraten waren, geht schon daraus hervor, dass in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit sogar die beiderseitigen Wünsche, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unberücksichtigt blieben. Da der Schiedsspruch in seiner widerspruchsvollen und unsachlichen Form undurchführbar ist, muss mit seiner Ablehnung gerechnet werden.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, die am 28. Februar nach der endgültigen Meldung 2 378 521 betrug, ging in der Berichtswoche vom 3. bis 8. März, wie amtlich mitgeteilt wird, auf 2363000 zurück. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge betrug am 28. Februar 277 202; sie stieg nach den Vormeldungen inzwischen noch um etwa 1000 Personen. Der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit lag also am 28. Februar bei 2 655 723 Hauptunterstützungsempfängern.

Am 28. Februar wurden, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern, die zusammen 24,9 Millionen Einwohner zählen, insgesamt 293 000 Wohlfahrtserwerbslose laufend unterstützt; davon waren 22000 Fürsorgearbeiter. Ferner wurden am gleichen Zeitpunkt noch 92 000 Arbeitslose, die aus der Arbeitslosenversicherung Leistungen erhalten, laufend von der gemeindlichen Wohlfahrtspflege zusätzlich unterstützt.

Am 31. Januar waren einschliesslich der Fürsorgearbeiter 272 000 Wohlfahrtserwerbslose gemeldet. Die Zunahme im Februar beträgt 7,7%. Am 31. Dezember des vergangenen Jahres hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen 242 000 betragen. -

Im Baugewerbe sind die Fortschritte in der Aufnahme von Aussenarbeit noch sehr gering. Die rückläufige Bewegung in der Metallwirtschaft hat sich etwas beruhigt. Entlassungen werden noch hauptsächlich aus Hütten- und Walzwerken gemeldet. Im Holzgewerbe hat sich die Lage nicht weiter verschlechtert. Die zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes ging vor allem Steinkohlen-Bergbau aus. Die Halden sind überfüllt. Die Zahl der Feierschichten hat zwar nicht mehr zugenommen, allein die Entlassungen haben sich vermehrt und neue Kündigungen sind ausgesprochen worden.

SPD. Das tschechische Sozialministerium hat einen Entwurf zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung ausgearbeitet. Er sieht im wesentlichen folgende Neuregelung vor: die Unterstützungsdauer wird auf 6 Monate verlängert. Der Staatsbeitrag, der früher dem der Gewerkschaft gleich war, wird auf das Dreifache des Organisationsbeitrages erhöht. Bei einem gewerkschaftlich organisierten verheirateten Arbeitnehmer beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft der Staatsbeitrag das vierfache des Organisationsbeitrages. Der geringste Beitrag der Gewerkschaft muss 75 Heller sein, der höchste Staatsbeitrag darf 21 Kronen nicht überschreiten.

Ende Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei nach der amtlichen Statistik 74 000. Die tatsächliche Ziffer ist jedoch bedeutend grösser.



Wirtschaftslage - Kapitalbildung - Finanzen.

----- Die Gewerkschaften gegen den Wirtschaftspessimismus.

SPD. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) werden in den nächsten Tagen eine kleine Schrift veröffentlichen, die den Titel "Wirtschaftslage - Kapitalbildung - Finanzen" trägt. Sie ist in erster Linie für die Gewerkschaftsfunktionäre bestimmt und will als Bilanz der Entwicklung in Deutschland während der Jahre 1925 bis 1929 aufgefasst werden.

Dadurch erhält diese Arbeit ihre allgemeine Bedeutung. Sie steht im Zusammenhang mit der vom Reichsverband der Deutschen Industrie gegen Ende des verflorenen Jahres veröffentlichten Denkschrift, die die Frage Aufstieg oder Niedergang in der deutschen Wirtschaft aufwarf. Ohne Zweifel hat die Reichsverbandsdenkschrift zu Gunsten eines überschraubten Unternehmerprogramms die Wirtschaftslage schwarz in schwarz gemalt und auch tatsächlich dem gegenwärtigen grassierenden Wirtschaftspessimismus zum Durchbruch verholfen. Wir wissen, dass dieser Wirtschaftspessimismus höchst bedenkliche Auswirkungen gehabt hat. Deshalb war es geradezu notwendig, dass die Gewerkschaften durch eine eingehende Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode die Wirtschaftsbetrachtung auf den allein möglichen Ausgangspunkt der wirklichen Situation zurückführten. Die Gewerkschaften treten in ihrer Denkschrift einer ungesunden Konjunkturphantasterei entgegen und machen mit einem unbegründeten Wirtschaftspessimismus Schluss.

Wenn die Gewerkschaften am Schluss ihrer Arbeit betonen, dass sie trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu dem weiteren Aufstieg der deutschen Wirtschaft völliges Vertrauen haben, so kann man das unterstreichen. Dieses Vertrauen zur deutschen Wirtschaft haben wir nötig. Wir brauchen es, um die toten Punkte zu überwinden.

+ + +

Auf Grund einer Zergliederung der Wirtschaftssituation kommen die Gewerkschaften in ihrer Darstellung zu folgenden Forderungen:

* Arbeitsbeschaffung und Kapitalsversorgung. Die ausserordentliche Arbeitslosigkeit macht eine planmässige Konjunkturpolitik zur vordringlichsten Aufgabe. Es muss allerdings davon abgesehen werden, grosszügige Pläne zur Arbeitsbeschaffung auszuarbeiten, weil der Arbeiterschaft mit einem Programm, das nur auf dem Papier bleiben würde, nicht gedient sein kann. Praktisch handelt es sich in der nächsten Zeit darum, die Sparmassnahmen, die an den einzelnen Stellen auf Grund der Finanzlage in die Wege geleitet werden, in vernünftigen Grenzen zu halten. Den öffentlichen Körperschaften muss die Kapitalsbeschaffung zur Konsolidierung ihrer schwebenden Schulden und zur Finanzierung neuer Aufgaben ermöglicht werden. Notwendig ist die Beseitigung der bisher bestehenden Hemmungen für die Aufnahme von Auslandsanleihen durch Länder und Gemeinder oder deren wirtschaftliche Unternehmungen. Die Politik der Absperrung der öffentlichen Körperschaften von den Kapitalmärkten im Ausland ist ein Mittel im Kampfe der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft.

voll und werden der Sachlage so wenig gerecht, dass eine Erneuerung der Reichs=
tarifvertragsgemeinschaft auf dieser Grundlage als ausgeschlossen erscheint.
Wie schlecht die Unparteiischen bei ihrer Entscheidung beraten waren, geht
schon daraus hervor, dass in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit sogar die
beiderseitigen Wünsche, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unberücksichtigt
blieben. Da der Schiedsspruch in seiner widerspruchsvollen und unsachlichen
Form undurchführbar ist, muss mit seiner Ablehnung gerechnet werden.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversiche=
rung, die am 28. Februar nach der endgültigen Meldung 2 378 521 betrug, ging in
der Berichtswoche vom 3. bis 8. März, wie amtlich mitgeteilt wird, auf 2 363 000
zurück. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge betrug
am 28. Februar 277 202; sie stieg nach den Vormeldungen inzwischen noch um et=
wa 1000 Personen. Der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit lag also am
28. Februar bei 2 655 723 Hauptunterstützungsempfängern.

Am 28. Februar wurden, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, in den Städten
mit mehr als 25 000 Einwohnern, die zusammen 24,9 Millionen Einwohner zählen,
insgesamt 293 000 Wohlfahrtserwerbslose laufend unterstützt; davon waren 22 000
Fürsorgearbeiter. Ferner wurden am gleichen Zeitpunkt noch 92 000 Arbeitslose,
die aus der Arbeitslosenversicherung Leistungen erhalten, laufend von der ge=
meindlichen Wohlfahrtspflege zusätzlich unterstützt.

Am 31. Januar waren einschliesslich der Fürsorgearbeiter 272 000 Wohl=
fahrtserwerbslose gemeldet. Die Zunahme im Februar beträgt 7,7%. Am 31. Dezem=
ber des vergangenen Jahres hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen 242 000 be=
tragen. -

Im Baugewerbe sind die Fortschritte in der Aufnahme von Aussenarbeit noch
sehr gering. Die rückläufige Bewegung in der Metallwirtschaft hat sich etwas
beruhigt. Entlassungen werden noch hauptsächlich aus Hütten- und Walzwerken ge=
meldet. Im Holzgewerbe hat sich die Lage nicht weiter verschlechtert. Die zu=
sätzliche Belastung des Arbeitsmarktes ging vor allem Steinkohlen-Bergbau aus.
Die Halden sind überfüllt. Die Zahl der Feierschichten hat zwar nicht mehr zu=
genommen, allein die Entlassungen haben sich vermehrt und neue Kündigungen sind
ausgesprochen worden.

SPD. Das tschechische Sozialministerium hat einen Entwurf zur Verbesserung
der Arbeitslosenunterstützung ausgearbeitet. Er sieht im wesentlichen folgen=
de Neuregelung vor: die Unterstützungsdauer wird auf 6 Monate verlängert. Der
Staatsbeitrag, der früher dem der Gewerkschaft gleich war, wird auf das Drei=
fache des Organisationsbeitrages erhöht. Bei einem gewerkschaftlich organisier=
ten verheirateten Arbeitnehmer beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft der
Staatsbeitrag das vierfache des Organisationsbeitrages. Der geringste Beitrag
der Gewerkschaft muss 75 Heller sein, der höchste Staatsbeitrag darf 21 Kronen
nicht überschreiten.

Ende Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei nach
der amtlichen Statistik 74 000. Die tatsächliche Ziffer ist jedoch bedeutend
grösser.



Wirtschaftslage - Kapitalbildung - Finanzen.

Die Gewerkschaften gegen den Wirtschaftspessimismus.

SPD. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) werden in den nächsten Tagen eine kleine Schrift veröffentlichen, die den Titel "Wirtschaftslage - Kapitalbildung - Finanzen" trägt. Sie ist in erster Linie für die Gewerkschaftsfunktionäre bestimmt und will als Bilanz der Entwicklung in Deutschland während der Jahre 1925 bis 1929 aufgefasst werden.

Dadurch erhält diese Arbeit ihre allgemeine Bedeutung. Sie steht im Zusammenhang mit der vom Reichsverband der Deutschen Industrie gegen Ende des verflorenen Jahres veröffentlichten Denkschrift, die die Frage Aufstieg oder Niedergang in der deutschen Wirtschaft aufwarf. Ohne Zweifel hat die Reichsverbanddenkschrift zu Gunsten eines überschraubten Unternehmerprogramms die Wirtschaftslage schwarz in schwarz gemalt und auch tatsächlich dem gegenwärtigen grassierenden Wirtschaftspessimismus zum Durchbruch verholfen. Wir wissen, dass dieser Wirtschaftspessimismus höchst bedenkliche Auswirkungen gehabt hat. Deshalb war es geradezu notwendig, dass die Gewerkschaften durch eine eingehende Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode die Wirtschaftsbetrachtung auf den allein möglichen Ausgangspunkt der wirklichen Situation zurückführten. Die Gewerkschaften treten in ihrer Denkschrift einer ungesunden Konjunkturphantasterei entgegen und machen mit einem unbegründeten Wirtschaftspessimismus Schluss.

Wenn die Gewerkschaften am Schluss ihrer Arbeit betonen, dass sie trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu dem weiteren Aufstieg der deutschen Wirtschaft völliges Vertrauen haben, so kann man das unterstreichen. Dieses Vertrauen zur deutschen Wirtschaft haben wir nötig. Wir brauchen es, um die toten Punkte zu überwinden.

+ + +

Auf Grund einer Zergliederung der Wirtschaftssituation kommen die Gewerkschaften in ihrer Darstellung zu folgenden Forderungen:

Arbeitsbeschaffung und Kapitalsversorgung. Die ausserordentliche Arbeitslosigkeit macht eine planmässige Konjunkturpolitik zur vordringlichsten Aufgabe. Es muss allerdings davon abgesehen werden, grosszügige Pläne zur Arbeitsbeschaffung auszuarbeiten, weil der Arbeiterschaft mit einem Programm, das nur auf dem Papier bleiben würde, nicht gedient sein kann. Praktisch handelt es sich in der nächsten Zeit darum, die Sparmassnahmen, die an den einzelnen Stellen auf Grund der Finanzlage in die Wege geleitet werden, in vernünftigen Grenzen zu halten. Den öffentlichen Körperschaften muss die Kapitalsbeschaffung zur Konsolidierung ihrer schwebenden Schulden und zur Finanzierung neuer Aufgaben ermöglicht werden. Notwendig ist die Beseitigung der bisher bestehenden Hemmungen für die Aufnahme von Auslandsanleihen durch Länder und Gemeinder oder deren wirtschaftliche Unternehmungen. Die Politik der Absperrung der öffentlichen Körperschaften von den Kapitalmärkten im Ausland ist ein Mittel im Kampfe der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft.

Innerer Markt und Landwirtschaft. Der Aufbau der deutschen Wirtschaft erfordert die Erhaltung und Erweiterung eines aufnahmefähigen inneren Marktes. Für die Gestaltung der Massenkaufkraft sind neben den Lohnfestsetzungen die Preisbildungen von entscheidender Bedeutung. Diese wird durch die Macht monopolistischer Unternehmerorganisationen ungünstig beeinflusst. Die Gewerkschaften fordern deshalb die Unterwerfung der monopolistischen Unternehmerorganisationen aller Art unter die öffentliche Kontrolle. Der Stärkung des inneren Marktes dient weiter die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Gewerkschaften erkennen an, dass eine Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Produzenten, soweit sie nicht einfach durch Preiserhöhungen auf Kosten der städtischen Verbraucher erzielt wird, gleichermaßen im Interesse der Landwirtschaft wie der Industriebevölkerung liegt. Abgelehnt wird die Politik der Zollerhöhungen und die Subventionspolitik, weil sie keine wirksamen Mittel für eine wirkliche Rentabilitätssteigerung der Landwirtschaft ohne Schädigung der städtischen Verbraucher sind. Die Anpassung der deutschen Landwirtschaft an die veränderten Bedürfnisse und Möglichkeiten des Marktes kann nur durch Rationalisierung in den landwirtschaftlichen Betrieben, durch Standardisierung der Produktion, Organisierung des Absatzes und Marktstabilisierung in neuen Formen vor sich gehen.

Handelsverträge und Exportförderung. Die Einstellung zu Schutzzoll oder freiem Handel ist keine grundsätzliche, sondern eine jeweilig unter den Gesichtspunkten der Zweckmässigkeit zu entscheidende Frage. Ohne Zweifel werden in Deutschland Schutzzölle zur Erhaltung rückständiger Wirtschaftsformen und zur Ausnutzung von Monopolstellung am inneren Markt missbraucht. Die Gewerkschaften werden deshalb, ohne sich der Verpflichtung zur Prüfung in jedem einzelnen Fall zu entziehen, im Interesse der Ausdehnung der Arbeitsmöglichkeiten für die deutsche Industrie weiter gegen die Politik der Hochschutzzölle und für den internationalen Zollabbau kämpfen.

Finanzreform. Der Zwang zu Steuererhöhungen ist anzuerkennen. Das Verhältnis zwischen Besitz- und Massensteuern darf aber gegenüber dem bestehenden Zustand nicht verschlechtert werden. Unter Anerkennung gewisser Grenzen, die der Besitzbesteuerung durch die Gefahr einer verschärften Kapitalsflucht durch Belastung von Vermögen, Erbschaften und hohen Einkommen in besonderen Formen, Daneben werden sich freilich auch Massenbelastungen um das höheren Ziels der Sicherung der sozialen Aufgaben nicht vermeiden lassen. Keinesfalls darf aber durch eine übermässige Erhöhung der Massenbelastung aus dem Anlass einmaliger Sanierungsbedürfnisse die Bahn für einen künftigen Abbau der Besitzsteuern zu Lasten der fort bestehenden Massensteuern freigemacht werden.

SPD. Die der Arbeiterbanknahestehende Hannoversche Bodenkredit Bank wird wie im Vorjahr eine Dividende von 12 % zahlen. Die Einnahmen werden mit 5,969 Millionen Mark (im Vorjahr 4,865 Millionen Mark) angegeben. Davon stammen 4,637 Millionen Mark (im Vorjahr 4,115 Millionen Mark) aus Hypothekenzinsen und 704 000 Mark (im Vorjahr 229 000 Mark) aus Kommunaldarlehenszinsen. Die Entwicklung beweist, dass das Institut seine Kredite an die Kommunen weiter erhöhte. Die Kredite kommen fast ausschliesslich dem Wohnungsbau zugute. Der Gewinn wird mit 697 000 Mark ausgewiesen. Im Vorjahr betrug er 672 000 Mark.

Das abgelaufene Geschäftsjahr fiel in die ungünstige Zeit sich verknappender Geldmärkte. Darunter litt natürlich auch das Pfandbriefgeschäft. Immerhin gelang es der Hannoverschen Bodenkredit-Bank, den Umlauf der Goldhypothekenspfandbriefe um 2,387 Millionen Mark auf 53,26 Millionen Mark zu steigern. Daneben konnten nicht weniger als 6,732 Millionen Goldkommunalschuldverschreibungen abgesetzt werden, sodass sich deren Gesamtumlauf auf 10,984 Millionen Mark erhöhte. Der Gesamtumlauf der Emissionspapiere des Instituts betrug am 31. Dezember 1929 = 64,245 Millionen Mark gegenüber 55,125 Millionen Mark Ende De-

zember 1928. Die günstige Entwicklung liegt auf der Hand.

Die Hannoversche Bodenkredit-Bank ist das Mittel, durch das die Gewerkschaften bzw. die Arbeiterbank auf den Wohnungsmarkt einwirken wollen. Aus diesen Ursachen heraus ist ja auch die Hannoversche Bodenkredit-Bank von der Arbeiterbank vor Jahren aufgekauft worden. Früher entfielen die Kredite der Bank bis zu 99 % auf Altwohnungen; Bestrebungen, den Wohnungsbau zu fördern und so zur Ueberwindung der Wohnungsmisere beizutragen, existierten überhaupt nicht. Heute entfallen unter Einfluss der Gewerkschaften 90 % der Kredite auf Neuwohnungsbauten. Der Unterschied ist deutlich. Das Institut ist auf ein wichtiges Bedürfnis der breiten Massen eingestellt. Eine Ausschüttung hinsichtlich der Teilungsmassen ist diesmal noch nicht vorgesehen, weil noch eine Anzahl von Prozessen läuft und die bevorstehende Grundbuchbereinigungsverordnung abgewartet werden muss.

SPD. Der III. Unterausschuss der deutschen Wirtschaftsenquête veröffentlicht jetzt das Ergebnis seiner Untersuchungen über die deutsche Elektrizitätswirtschaft. Mit dem vorliegenden Bericht erhalten wir die erste einheitliche und zusammenfassende Darstellung über die Elektrizitätswirtschaft eines Landes überhaupt. Die statistischen Angaben sind bei allen technisch-wirtschaftlichen Dingen bis Ende 1928 ergänzt und reichen bei den finanziellen weit in das Jahr 1929 hinein. Von besonderer Wichtigkeit ist die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit bei kommunalen Unternehmungen in Gemeinden von über 10 000 Einwohnern, die ebenfalls neu ist. Hinsichtlich der grossen Zersplitterung, besonders bei den Elektrizitätsgenossenschaften, wird die Konzentration in der Verteilung empfohlen. Behandelt wird weiter die wichtige Frage der Hoheitsrechte, weiter die Frage der Vereinheitlichung der Tarife und der Kapitalsbeschaffung. Im Anschluss an die letzte Tarifierhöhung in Berlin wird auf die Gefahren schematischer Preiserhöhung hingewiesen. Sie wirkt sich für alle privaten und gewerblichen Kleinverbraucher als einseitige Besteuerung aus und kann hinsichtlich einer zweckmässigen Belastung der Werke alle Aufbauarbeit zerstören.

Die Publizität der öffentlichen Unternehmungen wird als noch sehr unzulänglich und unzureichend hingestellt. Vorgeschlagen wird ein Einheitsschema für die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnung. Zu der hochpolitischen Frage der gerade jetzt wieder zutage getretenen Bestrebungen, öffentliche Betriebe zu privatisieren, äussert sich der Bericht sehr vorsichtig. Immerhin wird festgestellt, dass man nicht die besten Werke privatisieren, die schlechten dagegen der öffentlichen Hand überlassen darf, dass die öffentliche Elektrizitätswirtschaft vielfach eine wirtschaftliche Fürsorgeangelegenheit ist und dass die stärkste Privatisierung nichts hinsichtlich der Lösung des Kapitalversorgungsproblems besagt.

SPD. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Hartmann hat die Liquidation des Unternehmens beschlossen. Die Beschäftigtenzahl beträgt 3 500. Das Unternehmen, das seit 100 Jahren existiert, wurde von der Lokomotivkrise betroffen. Nach Aufgabe dieses Industriezweiges konzentrierte sich die Hartmann auf Arbeitsmaschinen, besonders auf Spezialtextilmaschinen. Es wurde auch eine Rationalisierung des Unternehmens und eine kapitalmässige Sanierung durchgeführt. Der letzte Abschluss wies einen Gewinn von fast 500 000 Mark aus, der zur Abschreibung benutzt wurde. Die Liquidation wird mit dem niedrigen Auftragsbestand begründet.

Angebot in prompter Ware knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 12. März.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Mittwoch recht ruhigen Verkehr. Im Handel mit prompter Ware war die Stimmung ziemlich freundlich, da knappem Angebot an Weizen und Roggen befriedigende Nachfrage gegenüberstand. Ganz entgegengesetzt entwickelte sich die Geschäftslage am Markte der Zeitgeschäfte; hier waren schon die Eröffnungen um 1, teilweise um 2 Mark niedriger und schwächten sich im Verlaufe der Börse noch weiter ab, da aus Liverpool recht rückläufige Meldungen vorlagen und die dortigen Kurse stark zurückgingen. Am Mehlmarkt hat sich kaum etwas geändert. Die Forderungen der Mühlen lauteten wie am Montag, jedoch zeigte sich keinerlei Kaufinteresse, das über die dringendsten Bedarfsdeckungen hinausging. Auch Hafer war schwach veranlagt, da bei flauem Auslandsgeschäft keine Exportmöglichkeiten mehr bestehen.

	<u>11. März</u>	<u>12. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	232 - 235	232 - 235
Roggen	139 - 144	139 - 144
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	119 - 129	119 - 128
loco Mais Berlin	157	155 - 156
Weizenmehl	26,75 - 34,00	26,50 - 34,00
Roggenmehl	20,00 - 23,50	20,00 - 23,50
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März - (Vortag 243), Mai 252½ - 251½ Brief (253½), Juli 260 - 259 (262). Roggen März - (157½), Mai 161 - 160 - 161 (162), Juli 164 - 163 - 164 (165). Hafer März - (123½), Mai 132 - 130 (132½), Juli 138 - 136½ (138.)

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 12. März : I. 148 Mark, II. 133 Mark, III. 117 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

SPD. ^U Trotz des Dividendendrucks, der ganz systematisch von der Industrie ausgeübt wird, liegen von einer grösseren Anzahl von Unternehmungen höhere Dividendenausschüttungen vor. Die Hanseatische Jutespinnerei und Weberei A.G. in Delmenhorst erhöht ihre Dividende von 4 auf 8 %. Mit einer Dividendenerhöhung wird auch bei den Mannesmannröhrenwerken zu rechnen sein. Bei den Atlaswerken-Bremen wird die Dividende um 1% heraufgesetzt. Die Jutespinnerei und Weberei Bremen zahlt wie im Vorjahr 10 %. Bei dem Stahlwerk Mannheim ist eine Dividendenerhöhung von 6 auf 7 % beschlossen worden. Die Vereinigten Zünder- und Kabelwerke in Meissen nehmen eine Dividendenerhöhung von 12 auf 14 % vor.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 12. März 1930.

Eine geheimnisvolle Geschichte.^x

Von John K. Newnham.

SPD. Jackson hatte Geheimnisse für sein Leben gern. Ueberall witterte er Geheimnisse, und immer wieder war er enttäuscht, wenn sich das vermeintliche Geheimnis als nüchterne Alltäglichkeit entpuppte.

Aber diesmal schien er wirklich einem Geheimnis auf der Spur zu sein. Wir durchschreiten eine jener menschenleeren und dunklen Strassen, deren es im dichtbevölkerten London nicht wenige gibt. Da bemerkten wir ihn.

Es handelt sich in der Tat um ein äusserst verdächtiges Individuum. Nach vorn gebeugt, mit bis über die Augen gezogener Kapuze ging er merkwürdig beschwungenen Schrittes durch die Finsternis. Und was er nun tat, war nicht minder merkwürdig. Zuerst lenkte er unsere Aufmerksamkeit auf sich, als er in ein grosses altes Haus eintrat, das im völligen Dunkel und Schweigen da lag. Wir hörten das Stapfen seiner schweren Stiefel im Treppenhaus. Plötzlich hielt er inne, schien einen Augenblick zu zögern; dann schritt er weiter, blieb wieder stehen, als wollte er einer Gefahr ausweichen, und kehrte um.

"Sonderbar", flüsterte Jackson, "was kann er wohl vorhaben?"

"Vielleicht sucht er jemanden und war an der falschen Adresse", meinte ich.

"Die Namen stehen doch deutlich am Gittertor", erwiderte Jackson. "Nein, er hat uns kommen gehört und hat sein Vorhaben wieder aufgegeben."

Inzwischen schritt der Geheimnisvolle auf der gegenüberliegenden Strassenseite an uns vorüber. Er schien in tiefes Nachdenken versunken zu sein. Etwa fünfzig Meter ging er weiter, öffnete das Gittertor einer Villa und trat ein. An der Haustür angelangt, schien er zu zögern und kehrte wieder um. Jackson presste aufgeregt meinen Arm. "Schon wieder dieses rätselhafte Verhalten! Warum kehrt er immer wieder um?"

"Vielleicht traut er sich nicht anzuklopfen. Möglicherweise ist es ein Bettler oder etwas ähnliches", meinte ich.

Jackson überblickte die Strasse. "Nein, es ist kein Bettler. Fast alle Häuser in der ganzen Strasse sind unbeleuchtet. In keinem der Häuser, in die er eintrat, war Licht. Es ist ein höchst verdächtiger Geselle."

"Was wirst du also tun? Vielleicht ihm folgen und ihn fragen, ob er ein Einbrecher ist?"

"Keine schlechten Witze, bitte! Ich will die Polizei verständigen. Wir werden ihn noch ein wenig beobachten und, wenn er noch ein Haus betritt, den nächsten Polizisten herbeiholen."

In diesem Augenblick hatte der Geheimnisvolle gerade eine weitere Gittertür geöffnet. Aber diesmal betrat er gar nicht das Haus, sondern kehrte sogleich wieder um. Sein Verhalten befremdete und ärgerte Jackson, den Freund der Geheimnisse. Er sprach kein Wort, während wir dem Manne folgten.

An der Ecke tauchte eine blaugekleidete Gestalt aus Nebel und Finsternis auf. Es war ein Polizist, Jackson stürzte ihm entgegen. "Herr Wachtmeister", stammelte er erregt, "ich bin einem Geheimnis auf der Spur!" Er zeigte auf unser verdächtiges Individuum. "Er muss ein Räuber oder sonst was ähnliches sein. Beobachten Sie ihn nur!"

Der Polizist starrte auf den verdächtigen Gesellen, der einen kleinen Vorsprung vor uns hatte, und dann auf Jackson.

"Was meinen Sie?" fragte er, "er tut doch nichts Unrechtes."

In atemloser Hast berichtete Jackson, was er gesehen hatte. Verwirrt stand der Blaue da. "Sehen Sie nur", sagte Jackson, indem er den Hüter des Gesetzes beim Arme packte, "sehen Sie nur! Schon wieder betritt er ein Haus!" Und in der Tat. Der Geheimnisvolle öffnete wieder das Gittertor eines Gartens, durchschritt ihn, ging bis ans Haustor, hielt inne und kehrte wieder um.

Nun folgte der Polizist dem Geheimnisvollen. Er erreichte ihn. Und - wie sonderbar! - das verdächtige Individuum wandte sich um und klopfte dem Blauen vertraulich auf die Schulter. Jackson und ich - wir stürzten zur Hilfe herbei. Jacksons Augen weiteten sich vor fassungslosem Staunen.

"Alles in Ordnung", sagte der Polizist, "es ist Smith, der Briefträger!"

(Aus dem Englischen übersetzt von Leo Korten.)

Bukarester Hofbräuhaus.^x

Von unserm Bukarester Korrespondenten.

SPD. Klingt direkt etwas bayrisch=knödlig=weisswürstig, ist jedoch tatsächlich bukaresstisch: eine Bierkneipe, in der "das beste Bier im Lande" in "Halben" und "Zäpfchen" ausgeschenkt wird; fein säuberlich bekränzt mit Bierrettech und Kornbrot und Salz. Ein zweistöckiges Haus aus dem vorigen Jahrhundert, hinten der alte Hof mit dem Ziehbrunnen, das Oertchen noch nicht getrennt für Männlein und Weiblein, =zig Fässer im Rinnstein und ein Zapfbursch, der sich nur einmal pro Woche rasiert, und dessen Stoppeln in die Gläser wuchern. Zwölf Kellner, ein Kassierer, eine Köchin für Bockwurst' und ein Mütterlein zum Waschen der Teller. Kein Portier, der auf die Nerven fällt, keine Klo-Mammi mit Handtuch und Seife, kein Pikkolo mit Wachszeug und Kleiderbürste und kein Geschäftsträger, der bücklingt und in Pose handelt. Mir anderen Worten: ein molliges Lokal, sehr demokratisch und nur von zwei Göttern beherrscht, der "Halben" und dem "Zapf". Hier werden Säue verhandelt und Socken verkauft; hier wird der Käse ins Land gerollt und werden Nüsse zugeweise verkloppt; auf ungedeckten Tischen werden gedeckte Schecks geboren, die in die Millionen gehen, und Wechsel gezogen, die das Jahresbudget Albaniens übersteigen. Und hier fließt das Bier in Strömen und die Rettiche werden zu Hunderten gekorkziehert und den Broten die Laibe aufgeschlitzt, dass acht Stullen aufs Ganze kommen. Eine sehr andächtige Gemeinde: Stammgäste, die die Blume pflücken und Geniesser sind. Und dabei Geschäfte machen und das beste Bier trinken, das Bukarest, ja, das Rumänien in die Gläser rieseln lässt. Sehr wenig Röcke und Schürzen, meist trinkfeste Männer, und wenn Madamchen im Lokal erscheint, so leistet sie meist Lotsendienste, um das eheliche Wrack an den heimischen Herd zu steuern. Denn wenn die Sau verkauft und der Käse verschachert ist, wenn die Gänse in zehn Waggons und die Eier in etlichen hundert Kisten verladen sind, dann flitzen die Kellner und quietschen die Zapfhähne, um goldgelbes Bier in die Krüge zu tun. Dann lechzen die Mäuler und die Gurgeln klucksen und die Augen freuen sich und hüpfen gleich Sonnenstrahlen. Zusammengedrängt in zwei Stuben und einer Kemenate, türlos verbunden, eine grosse, andächtige Gemeinde, einander vom täglichen Sehen bekannt und von gegenseitigem Wohlwollen. Eigentlich unbequeme Tische mit Storchbeinen und winzigen Platten, auf denen der Mostrich thront und die Brezel mit Salz und das Brötchen mit Kümmel, ab und zu auch ein Glasschälchen mit Paprika und einigen Krümen Salz.

Vom Hahnenschlag frühmorgens um sechs bis zum Liebeslied von Katz und Kater im Vollmondschein der Mitternacht rauscht hier der Kran; die Kehlen wer-

den immer trocken, und die Kellner flitzen teuflergleich in Bigen, Serpentinien und in Zacken. Ganz rumänisches Publikum, bescheidene Leute vom Lande, Händler mit Weissfrucht und Ochsen, Grossisten vom Schlachthof und Importeure von Drehtuch und Pferddecke. Eine Art Börse, jedoch ohne "schwarze Tage"; eine Art Tränke und ein Stück Frühstückslokal, in dem die Bissen im Halse stecken bleiben, wenn der Schuldner nicht blechen will. An gewissen Tagen eine Orgelsymphonie, wenn der Bauer billig verkauft, weil er Geld braucht, und drum die Geschäfte vor Freude wiehern, an anderen Tagen ein rüchelnd' Cluckson, an Tagen geschäftlicher Baisse und "Stagnation im Saustall". Doch ob die Orgeln von Krausen oder lispeln, ob Register von Bässen, Tenören und Bariton erklingen oder stumme Häuler Löcher in die Mäuler bohren: immer perlt das Nass in den Decken, immer klatscht die Marke aus Blech auf den Zahltisch, und immer ertrönt die Rapsodie der Kellner nach "un Zapf" und "una Halba". Denn so wenige Berührungspunkte die rumänische Sprache mit der deutschen hat, so eng liiert ist sie im deutschen Trunk von Wein und Bier. Da ist ein Glas gespritzter Wein "un Spritz" und ein Zäpfchen "un Zapf" und eine Halbe "una Halba"; ein Rettich ist "un Raditsch" und ein Handkäs "un uargel". Diese Nahverwandschaft dehnt sich ewig, solange Gott Bachus die hechte mit blühendem Krügel über der Gemeinde hält. Doch nur in dieser dritten Kategorie von Kneiepen, die vom grünen Tisch der Polizei und der Finanzverwaltung in erst-, zweit- und drittclassige geteilt wurden. Wobei das beste Publikum die besten Getränke bei bester Laune und in bester Gesellschaft in der "Dritten" pichelt, zu mitgebrachter Wurst und würzigem Schafkäs'.

Zum Glück wissen die Wenigsten von der Existenz des Bukarester Hofbräuhauses, denn wenn das Volk erst die Pforten stürmen, wenn Tischtücher die Platten zieren und der Schankbursch sich jeden Tag rasieren würde und anstatt der Blechmarken eine Registrkasse schnarrte und die fliegenden Händler die Stätte meiden, dann wär's aus mit der Gemütlichkeit. Gerade die fliegenden Händler geben neben dem Bravo-Biere dem Hofbräuhaus eine spezielle Note. Zuerst riecht die Ware, die die einen in einer Seifenschachtel, die andern unter dem Paletot und die dritten in der Hosentasche mit sich führen, ein bisschen nach Diebesgut. Vielleicht mit einem Körnchen Wahrheit: etwas Unterschlagung, etwas aus der Waggon gezogen, die Zollbehörde übers Ohr gehauen, auch ein Priemchen Langfinger. Kragenknöpfe und Käme mögen noch reell sein; die Schokolade, von der 4, 5, 6, 8, ja, 10 Tafeln auf einen "Pol", zwanzig Lei: 50 Pfennig, gehen, hat gemahlene Ziegelstein und Mehl in der knalligen Verpackung; der Siebzigjährige, der unermüdlich Photos vorweist, von der Taufe bis zum Grabe, schleppt für einen Nachbarphotographen und verdient selten genug seine Provision. Bei den Bettelbuben und den Mädchen mit frommen Schriften und den Sicherheitsnadeln steckt meist eine Schnapsulle und ein saufender Vater oder eine prügelnde Mutter dahinter. Alles ganz reell.

Dann kommen aber die ersten Gaunerlein mit den verschmitzten Gesichtern und den kessen Angeboten. Da ist ein echter Ferser, der sicher vor 24 Stunden noch einen andern Besitzer hatte, und den einige Waggons Kartoffeln, gut verkauft, in die Hände eines Bauern spielen, der sein Altchen da hinter Gottes Angesicht im Donaudelta auch mal auf so einen Prunkteppich setzen will. Die fünf Meter Kammgarn sind ebenfalls geklaut; vierzig Paar Socken haben nur "linke Füss'" und stellen Muster eines biedren sächsischen Webers aus Zwickau in Sachsen dar, der über den Löffel barbiert wurde, und dessen bliemchenblaue Strümpf' jetzt rumänische Schollen treten werden, rechts ein heller, links der gleiche, nur eine Nuance dunkler. Muster aus aller Herren Länder, halbe Konsignationslager, einige Dosen Braunschweiger Konserven, Proben, ein Nummerierstempel, alles für ein paar Pfennige zu erstehen. Ein eigener Beruf, der Hunderte und Tausende von Kommissions- und Vertreterangeboten in die Welt hinaus flattern lässt, fein säuberlich geschrieben auf viel versprechenden Firmenbogen, Muster werden angefordert, erscheinen prompt in Hülle und Fülle, werden genau so prompt

frisch von der Post, verkloppt, um morgen einem neuen Artikel den Platz einzuräumen. Seidene Schlüpfen mit kleinen Schönheitsfehlern, kunstseidene Strümpfe, Hosenträger und Damenstrumpfbänder werden viel bestreicht und nach gelungenem Geschäft in Vorder- oder Hintertaschen versenkt, um daheim der Frau oder der Freundin höchst eigenhändig über die entsprechenden Körperteile gestreift zu werden. Was zweifellos zu niedlichen Spielchen Anlass geben kann!

So geht's vom Schlagen der Hähne bis zum Gauzen der Kater im märzlichen Frühling. Und immer, immer, immer rieselt das Bier in breite Gläser, und immer klatschen die blechernen Marken, und immer böllern und heulen die Rufe der Kellner nach Zäpfchen und Halben. Eine grosse Familie, die Lust zum Leben hat, ein gutes Lokal, das Bukarester Hofbräuhaus. - -

Das Blindenkoncert.

SPD. Vor einigen Tagen sprach eine junge, hübsche Dame in meinem Büro vor. Die hatte ein wehleidig lächelndes Gesicht aufgesetzt und ein wenig unbeholfen getan, hatte dann ihrer Handtasche einige Pappkärtchen entnommen und mich mit sehr viel Bescheidenheit gefragt, ob ich Interesse für ein Blindenkoncert hätte. Ich habe durchaus kein Interesse dafür, dachte ich. Aber die junge Dame wusste es wohl, dass ich das dachte, und wartete meine Antwort erst garnicht ab, sondern sagte sehr höflich, dass sie sich wohl vorstellen könne, dass meine Abende anderweitig belegt seien, aber die Einnahmen kämen ja den Blinden zugute, den bemitleidenswertesten Geschöpfen unter der Sonne. Ich sah ein, dass mein Herz eben aus Stein gewesen sei, und kaufte eine Eintrittskarte.

Gestern Abend habe ich nun das Blindenkoncert besucht. Das hat sich so abgespielt: Ich ging in jene entlegene Strasse, die auf der Einlasskarte verzeichnet stand. Ich hielt vor jenem entlegenen Hause, dessen Nummer nach meiner Erinnerung auf ihr genannt war. Ich traute meiner Erinnerung nicht, als ich vor dem Hause stand. Ich zückte das Billet noch einmal - - - und dann traute ich wohl meiner Erinnerung, aber nicht dem Billet. Ich sah nach meiner Uhr. Es war zwei Minuten vor acht Uhr. Um acht sollte das Konzert beginnen. Es mochte wohl sein, dass ich für ein Blindenkoncert nicht jenen Publikumsaufmarsch erwarten durfte, den etwa die Strasse eines Revue-Theaters einige Minuten vor Vorstellungsbeginn aufweist: aber diese Einsamkeit, diese Grabesstille? Wo war denn überhaupt hier der Saal, der Konzertraum? Ich öffnete die Haustür. Ich stand in einem durch matte Gaslämpchen erleuchteten Flur. Niemand liess sich sehen. Nichts deutete auf einen Saal hin. Ich klingelte an einer Wohnungstür. Es blieb eine Zeitlang still. Dann hörte ich schleichende Schritte auf dem Korridor, und schliesslich öffnete jemand vorsichtig - - - nicht etwa die Tür, wohl aber das vergitterte Fenster in ihr. Ich fragte, wo hier die Konzerte stattfänden. "Konzerte?" fragte eine Frauenstimme erstaunt. "Hier finden doch keine Konzerte statt?"

"Blindenkonzerte, meine ich. In diesem Hause soll der Vortragssaal sein."

"Blindenkonzerte?" Die Frau schien entschlossen zu sein, mich jetzt kurzerhand abzuweisen. Aber dann stellte sich in ihr wohl eine Ideenverknüpfung ein, und sie sagte: "Blinde wohnen hier schon - - wenn Sie die meinen. Im Hinterhause, in der dritten Etage, da ist ein Zusammenkunftszimmer für Blinde." Das Klappfenster schlug zu.

Ich ging durch den Hof in das Hinterhaus. Ich sah mich in seinem düsteren Flur um. Kein Mensch, kein einziges Anzeichen deutete auf ein Konzert. Ich stieg eine knarrende Treppe hinan. In der ersten Etage hing ein grosses Schild an einer Tür: Meier & Co., Lagerräume. In der zweiten Etage war eine Jugendschriften-Vertriebsstelle. Ich stieg dann noch eine Treppe höher. Jetzt hörte ich eine weibliche Stimme, die nach meiner Erinnerung diejenige der Kartenverkäuferin

war, hinter einer angelehnten Tür etwas sagen. Ich trat durch diese Tür in einen Vorsaal, in den zwei Türen mündeten. Ich klopfte an einer davon. Es öffnete mir jene junge Dame von damals und fragte, was ich wünsche. Ich sagte, dass ich zum Blindenkonzert möchte. Die Dame sah mich einige Sekunden lang sprachlos an. Dann lud sie mich zögernd ein, näher zu treten. Ich trat in einen Raum von der Grösse zweier Durchschnittszimmer, in dem zehn Stühle zu zwei Stuhlreihen aufgestellt waren, und in dessen einer Ecke eine hölzerne Erhöhung ein Vortragspodium andeuten zu sollen schien. Die Dame war durch meinen Besuch wohl recht unangenehm berührt. Sie suchte nach Worten. Ich fragte, ob das Konzert verschoben sei. Sie schüttelte den Kopf: "Das nicht. Bloss - sehen Sie: es kommt ja doch immer niemand. Die Herrschaften kaufen die Billette und kommen dann nicht. Wir vertreiben die Karten immer nur an bessere Geschäftsleute. Die Herrschaften haben meist abends etwas anderes vor." Das klang vorwurfsvoll. Das sollte eine Spitze gegen mich sein. Das sollte heissen, dass man sich in mir getäuscht habe, dass man bei mir an einen Unwürdigen gekommen sei, dass ich gar nicht zu den "Herrschaften" gehöre. Die Dame fuhr fort: "Aber wir sind natürlich auf das Konzert immerhin eingerichtet...."

Es lag nahe, dass ich auf das Konzert verzichtete. Die Dame erwartete wohl auch, dass ich das täte, dass ich bäte, sich doch meinetwegen nicht zu bemühen. Aber ich wollte nicht verzichten. Die Dame ging in das Nebenzimmer. Sie kam wieder mit zwei blinden Männern, die Geigen in ihrem Arme trugen. Die Dame führte die Blinden auf das Podium. Dort trafen sie einige Vorbereitungen und musizierten dann los. Ich hörte mir das Konzert drei Minuten lang, ich hörte es mir fünf Minuten lang mit an. Dann stellte ich fest, dass nur durch das natürliche und berechtigte Mitleid, das jedermann den Blinden entgegenbringt, und durch die geringe Widersprächsenergie, die in einem Zuhörerkreise wohnt, der von einem einzigen Menschen gebildet wird, die Möglichkeit einer Fortsetzung des Konzertes gewährleistet sei. So hielt ich es bis zur Beendigung des ersten Stückes aus. Aber dann entschuldigte ich mich dringend bei der Leiterin der Veranstaltung. Ich müsse jetzt unbedingt fort. Die junge, hübsche Dame fragte, wie es mir gefallen habe. Ich wollte nicht beleidigend werden und nicht taktlos gegen die Leistungen so unglücklicher Menschen sein. Ich beschönigte: "Es hat mir nicht übel gefallen, gar nicht übel." Die Dame lächelte etwas höhnisch: "Die Herrschaften, an die wir sonst unsere Karten vertreiben, pflegen in ihren Ansprüchen sehr verwöhnt zu sein. Sie kaufen nur aus Wohltätigkeit." Ich biss mich auf die Lippen und verschwand.

Und wenn die junge, hübsche Dame mir wieder mal in den Weg läuft, dann kaufe ich ihr wieder Karten ab. Aber gar nicht aus Wohltätigkeit, sondern ich weiss heute schon, wem ich sie schenken werde.

Hans Bauer.

Soziale Radiohilfe.

SPD. Zahlreiche Schwerbeschädigte, Erwerbslose und Kriegshinterbliebene sind nicht in der Lage, sich Rundfunkapparate anzuschaffen. Aus finanziellen Gründen könnten auch Insassen von Besserungsanstalten, Siechen- und Krankenhäusern, Erholungs- und Jugendheimen nicht die Programmdarbietungen abhören, wenn nicht der Arbeiter=Radio=Bund eine Soziale Radiohilfe eingerichtet hätte, die während der Bastelabende Rundfunkapparate selbst herstellt, sie Hilfsbedürftigen kostenlos zur Verfügung stellt und auch Reparaturen an den Geräten ausführt. Selbstverständlich konnte nur eine geringe Anzahl Hilfesuchender zufrieden gestellt werden, obgleich fast jede Ortsgruppe des Arbeiter=Radio=Bundes eine Soziale Radiohilfe eingerichtet hat, in der die Mitglieder ebrenamtlich tätig sind. Bei der ständig wachsenden Zahl der Hilfesuchenden reicht weder die körperliche

noch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mitglieder aus, um die verständlichen Wünsche der Minderbemittelten zu erfüllen. Es wird deshalb dringend erforderlich, dass sich die Öffentlichkeit mehr als bisher für die Soziale Radiohilfe des Arbeiter=Radio=Bundes interessiert.

Am 16. März übertragen die Sender Berlin, Königswusterhausen, Langenberg, Lumburg, Frankfurt a.M., Königsberg, Leipzig und Breslau die Morgenfeier des Arbeiter=Radio=Bundes aus der Kroll=Oper in Berlin, die für die Soziale Radiohilfe werben soll. Den Ehrenvorsitz der Veranstaltung haben Reichskanzler Herrmann Müller und Frau Louise Ebert übernommen. Dem Ehrenausschuss gehören Reichsminister des Innern Severing, Reichstagspräsident Löbe, Landtagspräsident Bartels und eine Reihe führender Persönlichkeiten des politischen und gewerkschaftlichen Lebens und des Arbeiterbildungswesens an. Die Ansprache hält Reichsinnenminister Severing. Die Darbietungen werden von bedeutenden Vortragskünstlern und vom Symphonieorchester des deutschen Musikverbandes bestritten.

Der Arbeiterfunktag verspricht eine grosse Kundgebung der sozialistischen Arbeiterschaft zu werden, zumal da am gleichen Tage die zehnjährige Wiederkehr des Zusammenbruchs des Kapp=Putsches gefeiert wird. Fast alle Ortsgruppen des Arbeiter=Radio=Bundes haben Vorbereitungen getroffen, um die Uebertragung durch Grosslautsprecheranlagen zu verbreiten. So wird der Arbeiter=Radio=Bund am 16. März erneut beweisen, dass ihn seine technische und kulturpolitische Tätigkeit zu einem unentbehrlichen Faktor innerhalb der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung heranreifen liess.

SPD. Ein geschäftstüchtiger Junge.^x Die New Yorker Polizei nahm kürzlich eine Bande von sechs jungen Leuten fest, die alle jünger als 21 Jahre waren. Die Bande wurde von einem einundzwanzigjährigen jungen Mädchen, der Freundin eines der Burschen, geführt und überfiel und beraubte mit vorgehaltenem Revolver Passanten in einsamen Strassen. Das ist an sich nichts Besonderes. Das Räuberunwesen in den U.S.A. blüht, und Ueberfälle kommen jeden Tag vor. Mit der Bande wurde aber auch ein sechzehnjähriger junger Mann, Charles Wayorch, verhaftet, der sich als ein Geschäftsgenie seltener Art entpuppte. Wayorch nahm an den Beutezügen der Bande selbst nicht teil. Er teilte auch die Beute nicht mit ihnen. Aber er unterhielt für sie ein wohlgeordnetes Lager von Revolvern, die er das Stück für 25 Dollar für eine Nacht verlieh. Er soll damit ausgezeichnete Geschäfte gemacht haben.

SPD. Dschungel=Gefahren.^x Trotz aller Fortschritte der Zivilisation wimmelt es auch heute noch von Gefahren in den Dschungeln Indiens, diesen undurchdringlichen Festungen der Natur. Nach Mitteilungen aus London wurden in den indischen Dschungeln im Jahre 1927 über 22 000 Menschen von Schlangen und wilden Tieren getötet. Allein durch Schlangengift starben 19 724 Menschen. 1033 wurden von Tigern getötet, 465 von Wölfen, 218 von Leoparden, 136 von Krokodilen, 85 von Wildschweinen, 78 von Bären, 53 von Elefanten und 41 von Schakalen. Im gleichen Jahre konnten andererseits 57 116 Schlangen unschädlich gemacht und 4 300 Leoparden, 2 738 Wölfe und 1 368 Tiger erlegt werden.

SPD. Ueberraschende Wirkung.^x Sehen Sie dort drüben den Mann? Der ist Maler. Was soll ich Ihnen sagen! Der hat neulich eine Flinte so natürlich gemalt dass sie losgegangen ist." - "Nana!" - "Doch, doch, ganz bestimmt, sogar zu einem sehr hohen Preise."

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

17)

SPD. "Er pfeift wieder..." stammelte Le Hern.

Brenellec belehrte ihn, dass das Beiboot der Jacht vielleicht nicht schnell genug zurückkomme und der Herr ungeduldig geworden sei. Aber der andere blieb stumm und liess sich nicht beruhigen. Ausserdem wurden sie durch kleine Hindernisse aufgehalten. Der Glaszylinder zersprang infolge zu rascher Erhitzung. Dann blieb der Wagen, der das gesamte optische Gerät trägt, mitten in der Runde stehen. Mit äusserster Mühe entdeckten sie einen winzigen Kieselstein, gegen den eines der zwölf Laufrädchen aus Stahl gestossen war.

Als Brenellec wieder hinunterstieg, war die Küche leer. Auf dem Tisch fand er Buch und Flasche vor. Sollte der Mann in Weiss, während sie von ihrer Arbeit in Anspruch genommen waren, wirklich die Treppe hinuntergehen und die schwere Tür haben zumachen können, ohne dass man das geringste gehört hatte? Die Tür stand übrigens noch offen. Desgleichen die zum Lebensmittelmagazin.

Brenellec merkte dies und sah zu gleicher Zeit, wie die Jacht mit dem Beiboot im Schlepptau sich entfernte.

Dieser Aufbruch, der fast ein Verschwinden war, machte grossen Eindruck auf ihn. Ohne sich jedoch dabei aufzuhalten, schloss er beide Türen, und mit Buch und Flasche bewaffnet, begab er sich wieder zu Le Hern, der bereits zu "speisen" begonnen hatte.

Einen Augenblick lang strichen sie beide ihre Brotschnitten mit Butter und kauten schweigend.

"Der kommt nicht wieder", sagte Le Hern schliesslich.

Brenellec versuchte trotz seiner eigenen Betroffenheit diese Befürchtung zu zerstreuen.

"Da kommst du schon wieder mit deinen dummen Gedanken.... Warum sollte er nicht wiederkommen? Was hast du denn?"

"Ich meine nur.... Ich meine, man weiss nicht, wer er ist und woher er kommt.... In das Register hat er einen Namen eingetragen, von dem ich nicht einen Buchstaben verstehe.... Man weiss nicht, wohin er geht und wie.... Ich sage dir, das ist kein gewöhnlicher Mensch, das ist auch kein Christ...."

Le Hern sprach lauter. Sein erhobener Zeigefinger bewegte sich wie der Finger eines Predigers. Ein seltsamer Glanz erleuchtete seine Augen, die stärker zu funkeln schienen als sonst. Dieser kleine fiebrige Mensch hauchte sein eigenes Entsetzen mit so viel Ueberzeugung aus, dass Brenellec sich nur schwach dagegen wehren konnte. Er dachte nach. Seine Vernunft, die etwas langsam ans Werk ging, vermochte diesen zündenden Einflüsterungen nicht ganz kühle Logik entgegenzuhalten. Trotzdem hatte er eine Erleuchtung. Er fuhr sich mit der Hand über die Augen, schüttelte den Kopf und sagte energisch:

"Zum Kuckuck!.... Ich glaube, unser Gehirn lässt uns im Stich.... Wir müssen uns nicht von unserer Angst irreführen lassen.... Was! Der Mann, der eben da war, ist wieder fortgegangen, weil es ihm so gepasst hat.... So etwas geschieht alle Tage.... Wir wären dumm, wenn wir uns deswegen Gedanken machten. Du bringst mich mit deinen dummen Geschichten noch um den Verstand!.... Wir werden beide hier bleiben.... Man wird sich einmal seine Flasche.... und auch sein Buch näher ansehen...."

Er trank einen kräftigen Schluck aus der Flasche. Angenehm pfefferte der Alkohol seine Kehle.

"Der ist gut", sagte er und schnalzte mit der Zunge.

Dann füllte er die Gläser, schnitt sich einen Priem, spie ein paar kräftige

ge braune Strahlen in den Spucknapf, lehnte sich in den Wchsessel zurück und liess sich allmählich von einer gewissen Ermüdung umfassen.

Als er eine Stunde später erwachte, sah er, wie Le Hern bleich und mit von Schweiss feuchten Haaren krampfhaft im Buche las.

"Was steht denn da drin, dass du ganz ausser Fassung bist?" fragte er. Keine Antwort.

"He! Le Hern!"

Le Hern hob den Kopf und sagte:

"Ach schweig! Wenn du wüsstest...."

Dann las er weiter. Brenellec fühlte wie ein dumpfer Zorn gegen diesen zu ängstlichen Kameraden und gegen sich selbst in ihm aufstieg, weil er zu leichtgläubig war. Er wollte ihm das kleine Buch aus der Hand reißen. Der andere hielt es krampfhaft und nervös fest. Endlich gelang es einem kräftigen Ruck, ihm das Buch zu entwenden.

"So...", sagte Brenellec, legte das Buch ausser Reichweite und tat seine breite Hand darüber, "willst du mir jetzt sagen, was drin steht?"

"Ich hatte schon recht", antwortete Le Hern. "Das war kein Christ.... Wenn du wüsstest, was alles in diesem verdammten Buch steht...."

"Na, na, mein Junge", sagte der andere, und seine Brutalität tat ihm etwas leid, "da trink mal, das bringt dich wieder auf die Beine." Er goss ihm ein Glas bis zum Rande voll. Nachdem Le Hern getrunken hatte, näherte er sich ihm und packte ihn am Arm.

"Was drin steht? Dinge vom Leibhaftigen, die wir nicht sehen, die aber trotzdem bestehen... Und er erklärte auch Sachen, die ich selbst gesehen habe, die ich mir aber nie erklären konnte...."

Der Brandy hatte ihm die Zunge gelöst und er fuhr fort:

"Ja, ja.... Wenn ich Wache hatte, habe ich oft Schreie und Stimmen in der Nähe des Turmes gehört.... Jetzt weiss ich Bescheid, es waren Tote, die halb wieder aufgetaucht waren und das De Profundis sangen.... Das steht im Buch.... Ich habe auch in schönen Nächten Lichter gesehen.... das waren Säрге mit Kerzen, die sich von allein entzündeten; sie schwimmen auf der Oberfläche, und die Menschen, die auf hoher See ihr Leben gelassen haben, folgen ihnen als Prozessionen.... Man weiss gar nicht, wieviel Geister um uns sind.... Die weissen Vögel die herumfliegen, - wir sagen, es seien Möwen...., weisst du, was das in Wirklichkeit ist? Meistens Feen, die Frauenarme unter ihren Flügeln verbergen und uns die Augen aushacken würden, falls es uns einfiel, auf sie zu schiessen... Ja, ja...., all das habe ich in dem Buch gelesen.... Das ist kein irdisches Buch.... Sei froh, dass du es angefasst hast, ohne dass dir etwas geschehen ist.... Daraus kann man alle Zaubereien lernen.... Und ich sage dir, der Mann, der es uns gebracht hat, ist ein Teufel aus der Hölle."

"So halt doch deinen Mund zum Donnerwetter!" schrie Brenellec ihn an.

"Wehe uns!" fuhr der andere in prophetischem Tone fort und richtete sich zu voller Höhe auf, "wir befinden uns an einem verfluchten Ort.... Da kann man sich nicht mehr lustig machen.... Beten wir lieber zur heiligen Anna, zu Jesus und zur heiligen Jungfrau...."

Brenellec war verzweifelt; er öffnete das Fenster, nahm das Buch und warf es in die dunkle Nacht hinaus.

Aber diese Tat hatte ihn seine letzte Kraft gekostet. Klopfenden Herzens liess er sich auf einen Stuhl fallen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

140. Sitzung vom 12. März 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Young-Gesetze.

Reichskanzler Müller:

Die Annahme des neuen Planes steht heute zur Entscheidung. Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Werk war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande sowie die Neuregelung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung setzt sich auch jetzt bei Beginn der dritten Lesung nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabschiedung aller dieser Gesetzesvorlagen ein. Sie hat in keinem Stadium der Verhandlungen ein Hehl daraus gemacht, dass der Sachverständigenplan und die zu seiner Inkraftsetzung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Überzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben, und dass die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Ausschlaggebend muss für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht. Die Reichsregierung erklärt mit voller Überzeugung, dass sie in der Neuregelung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt. Die Regelung der Reparationsfragen, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft. Trotz der ausserordentlich schweren Lasten des neuen Planes ist die Reichsregierung überzeugt, dass der Versuch der Durchführung nicht zum Nachteil Deutschlands ausfallen wird, aus der bestimmten Erwartung heraus, dass auch die Gläubigermächte ihre Verpflichtungen nicht minderehrlich durchführen werden als Deutschland.

Man hat den Vorwurf erhoben, dass das Haager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Übergangszeit, den Gegenwert für das verlorengegangene Staatseigentum in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Annuitäten der Sachverständigen hinaus nicht infrage. Der Young-Plan enthält nichts darüber, dass wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Jahresleistungen abzuziehen. Zu den Beträgen aus der Übergangszeit hat der Young-Plan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gegnerischen Sachverständigen schon damals Deutschland das Recht auf die Überschüsse bestritten und die Sachverständigen sich deshalb nicht einigen konnten. Zur Anrechnung des Staatseigentums erklären sämtliche Sachverständige, dass die Abrechnungen zwischen der Reparationskommission und Deutschland über die vor der Zeit des Dawesplanes liegenden Vorgänge zusammen mit - und das wird oft übersehen - allen Abrechnungen, die Gutschriften auf die ursprüngliche Kapitalschuld bedingen, gegenstandslos werden sollten. Dadurch war Deutschland jede Möglichkeit genommen, an Polen noch irgendwelche Forderungen zu stellen. Ebensowenig gab uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grundlage, um die Überweisung der Liquidationsüberschüsse an Deutschland zu verlangen.

Die Verzichte, die Deutschland aussprechen musste, haben ihre Grundlage in einer Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigermächte, der die deutschen Sachverständigen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegensetzen konnten. Es ist der Regierung aber wenigstens gelungen, die Beschränkung auf eine erheblich engere Fassung zu erreichen und die Frage für Polen aus dem Young-Plan herauszunehmen und in ein Sonderabkommen einzufügen, das uns auf nationalpolitischem Gebiet Gegenleistungen gewährt. Auch die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverständigen mühten selbst den belgischen Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Berichts nur unter der Voraussetzung zu, dass eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Überzeugung die Auswirkungen des Young-Planes prophezeien. Wir können nur feststellen, dass Deutschland den neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und dass es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Reichsregierung steht umso mehr für ihre Unterschrift ein, als das Vertragswerk selbst die Entwicklungsmöglichkeiten enthält, die im Interesse der Erhaltung des deutschen Wirtschaftslebens eingeschaltet werden müssten. Alle ausländischen Kontrollen werden wegfallen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück zu dieser Freiheit ist Selbstverantwortung, auch für die Übertragung der Reparationszahlungen an das Ausland. Falls dies trotz Deutschlands gutem Willen misslingt und Gefahren für Währung und Wirtschaft drohen, kann Deutschland das Moratorium erklären oder den beratenden Sonderausschuss einberufen, sodass erneut Sachverständige die Gesamtsachlage zu prüfen haben. Die im neuen Plan betonte internationale Zusammenarbeit muss durch die Bank für Internationale Zahlungen und durch den beratenden Sonderausschuss besonders für jene Zeit sichergestellt sein, wo die Transferierung der aus der Zeit eines Moratoriums stammenden Beträge neben der laufenden Annuität eine Häufung bewirkt, die vorsorglich und helfende Unterstützung oder Modifizierungen nach Sinn und Geist des Planes erfordert. Die Befriedung der Welt muss nach der Erschütterung des Weltkrieges fortschreiten und wird fortschreiten. Mit der Verabschiedung der Young-Gesetze wird ein neuer Abschnitt erreicht, der die Grundlage für unsere weitere Wiederaufbauarbeit sein wird.

Alle Missdeutungen und Zweifel in der Sanktionsfrage sind unbegründet. Durch die Beseitigung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des neuen Planes ist dem Sanktionssystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden. Die Bestimmungen des Planes darüber sind erschöpfend, sodass daneben irgendwelche anderen Befugnisse der Gläubiger nicht in Betracht kommen. Selbstverständlich steht die Erfüllung der ausserordentlichen Reparationsleistungen, zu denen wir verpflichtet sind, unter den gemeinen Regeln des Völkerrechts. Aber auch gegen die Rechte, die das gemeine Völkerrecht den Gläubigern gibt haben wir für den äussersten Fall noch die denkbaren Garantien eingeschaltet. Dieser äusserste Fall, dass nämlich Deutschland den Plan zerreisst, kann nur von der höchsten internationalen Rechtsinstanz festgestellt werden, und vor einer solchen Feststellung, die wir praktisch als eine Unmöglichkeit betrachten dürfen, können die Gläubiger überhaupt keine Schritte gegen Deutschland tun.

Die Räumung der besetzten Gebiete ist mit der Annahme der vorliegenden Gesetze gesichert. Erhobenen Sinnes sehen wir dem Tag entgegen, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begehen, und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterland gebrachten Opfer danken können. Bedauerlich bleibt allerdings, dass die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, dass der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Die Rückkehr zu stabilen und stetigen Verhältnissen, die wir bestimmt als Folge der Annahme des neuen Planes erwarten, macht erst den Weg für eine finanzstaats- und wirtschaftspolitische Reform frei. Das Finanzprogramm der Regierung vom Dezember wurde durch die Notwendigkeit verstärkter Schuldentilgung hinausgeschoben. Aber im Sinne dieses Programms erklärt die Reichsregierung nochmals, dass Deutschlands Wirtschaft dringend der Entlastung bedarf, die zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen muss. Die deutsche Kapitalbildung muss gefördert, die Ausgaben müssen soweit wie möglich gesenkt werden. Vor allen Dingen aber ist eine Sanierung der Finanz- und Kassenlagen des Reiches, der Länder und Gemeinden die unerlässliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu

geordneten Finanzverhältnissen. Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit grösster Sparsamkeit aufgestellt und durch sichere Einnahmen in sich ausgeglichen. Als Grundsatz für den ausserordentlichen Haushalt hat die Regierung festgestellt: 1. Neue ausserordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushalt eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht. 2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in den Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist. 3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden. Das neue Finanzprogramm wird der Wirtschaft neue Impulse geben, und auch die Kapitalbeschaffung im In- und Ausland fördern.

Die Erwerbslosigkeit wird sich, wenn es nach der Annahme des neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken wie zurzeit. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen.

Neue rasch wirkende Massnahmen gegen die Agrarnot sind in Vorbereitung. Die Einfuhr entbehrlicher Nahrungsmittel kann nur gerechtfertigt werden, soweit die Produktivkräfte des Landes nicht ausreichen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir müssen die Roggenvorräte aus zwei guten Erntejahren im Lande verbrauchen und dadurch die Einfuhr ausländischen Weizens einschränken die nahezu 450 Millionen Mark im Jahre erreicht. Dazu bedarf es der Mitarbeit der gesamten Bevölkerung, an die ich hiermit appelliere.

Eine Gefährdung der deutschen Währung ist ausgeschlossen. Die Furcht vor politischen Unruhen fördert die Kapitalflucht. Ganz zu unrecht. Denn die Regierung ist stark genug, Putschgelüste von links und rechts rücksichtslos im Keime zu unterdrücken. Die deutsche Republik steht heute unerschütterlich da.

Eine ruhige Fortführung der deutschen Gesamtwirtschaft, ihre Entlastung durch den neuen Plan, die geplante Steuerreform sowie die eingeleiteten Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft sind die Grundlage, von der aus die Reichsregierung am Wiederaufbau unseres Vaterlandes weiterarbeiten will. Sie fordert dazu die Mitarbeit des Deutschen Reichstags, die ihr nicht versagt werden darf, wenn das deutsche Volk nicht schweren Schaden leiden soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien).

Abg. Dauch (DVP) gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nur zustimmen, weil sonst England den Neuen Plan vielleicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Beschränkung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung ausgesprochen, dass sich auch bei der englischen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Abg. Wallraf (Dnat) verweist auf die Erklärung in der Reichskanzlerrede, dass die Regierung mit allen Machtmitteln ausgerüstet sei, um Ruhestörungen von rechts oder links zu begegnen. Das könne doch nur bedeuten, dass die Regierung den Entwurf des neuen Republikenschutzgesetzes zurückziehen wolle. (Heiterkeit rechts.) Während hier über den Youngplan geredet werde, spiele sich hinter verschlossenen Türen das Sechstagsrennen oder Dreiwochenrennen um die Finanzreform ab. (Sehr gut! rechts.) Man müsse heute erinnern an die grossen Hoffnungen, die seinerzeit auf den Geist von Locarno gesetzt worden seien. Von diesem Geist sei bei den Pariser und Haager Verhandlungen wenig zu spüren gewesen. Die Deutschnationalen erstrebten mit Frankreich ein Verhältnis des Vertrauens und der Verständigung. Ein solches Verhältnis könne aber nicht bestehen, solange Deutschland ausschliesslich der Ambos, Frankreich ausschliesslich der Hammer sei. Die Deutschnationalen begrüsst mit grosser Freude die Befreiung des Rheinlands, aber sie könnten die immer wiederholte Erklärung der treuen rheinischen Bevölkerung, dass die Befreiung nicht erkaufte werden soll

durch neue Ketten und neue Lasten, nicht vergessen. Wenn der Youngplan vom Reichstag angenommen wird, würden die Deutschnationalen die Aussetzung seiner Verkündung beantragen: Wir wollen dem Reichspräsidenten in aller Ehrerbietung Gelegenheit geben, nochmals zu prüfen, ob er unter dieses Dokument seinen weltgeschichtlichen Namen setzen will. (Beifall rechts).

Abg. Dr. Brüning (Ztr): Die giftige Besprechung unserer Erklärung in der Presse der Rechten zeigt uns, dass das Zentrum den richtigen Weg gegangen ist. Mit leichtem Herzen wird keiner dem Youngplan zustimmen. Selbst die Freude und der Jubel über die Befreiung des Rheinlands sind nicht ungemischt, denn wir wissen, dass auch jetzt das Rheinland nicht sich der gleichen Souveränität erfreut wie alle übrigen Gebiete des Reiches. Entscheidend für unsere Haltung zum Youngplan sind wirtschaftliche Überlegungen. Diese Überlegungen nötigen uns zu der Anerkennung, dass mit dem neuen Plan ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand erreicht wird. Die deutschen Unterhändler in Paris und im Haag standen Gegnern gegenüber, die ihre grössere politische Macht auch in politischer Beziehung ausnutzten. Die moralische Verantwortung liegt darum nicht bei denen, die den Youngplan hier im Reichstag annehmen, sondern auf der Gegenseite bei denen, die den Sachverständigenplan aufgestellt haben, und bei den Regierungen, die ihn unterzeichnet haben. Der Youngplan ist kein Vertrag zwischen gleich mächtigen Gegnern, er ist und bleibt ein Diktat und nur diesem Diktat fügen wir uns. (Beifall) Der Redner verliest dann im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung und bringt gleichzeitig eine Entschliessung ein. (Siehe politischer Teil).

Abg. Brüning (Ztr) fährt dann fort: Wir hätten in der Reichskanzlerrede, der wir zustimmen, eine schärfere Formulierung der Erklärung gewünscht, dass die Finanz-Sanierung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Verabschiedung des Youngplanes getrennt ist. Uns ist es mit dieser Forderung absolut ernst. Wir werden unverzüglich die politischen Konsequenzen ziehen bei Verzögerung der Finanzverhandlungen oder bei Schaffung von unerleuten Schwierigkeiten. Wir wollen den Zustand überwinden, der die Konsequenz ist einer übertriebenen Agitation von rechts, eines Wirtschaftspessimismus, der die Arbeitslosigkeit unnötig steigert und ungeheuer viele Existenzen im Mittelstand, Handwerk und Gewerbe vernichtet. (Beifall i. Ztr., Unruhe rechts). Es handelt sich jetzt nicht mehr um einen Kampf im Parlament, sondern es geht um das Parlament selbst. Unser Kampf ging von Anfang an um die Erhaltung und Vertiefung des demokratischen Systems. Wenn die Uneinigkeit der Parteien über Lappalien auch weiterhin die Entschlusskraft des Parlaments lähmt, dann werden die Zweifel an diesem System sich immer weiter im Volk verbreiten. Das Zentrum will nicht dauernd die unangenehme Rolle des Mallers übernehmen. Wir erwarten, dass nach der Entscheidung für den Youngplan die innere Zerfleischung aufhört, damit wir vertrauensvoll arbeiten können an einer besseren Zukunft unseres Volkes. (Beifall i. Ztr.)

Von den Oppositionsparteien ist inzwischen der Antrag angegangen, der im Falle einer Annahme des Youngplans die Aussetzung der Verkündung verlangt. Von den Kommunisten ist ein Misstrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht worden.

Abg. Florin (Komm) erklärt, der Kampf gegen den Youngplan werde nicht im Parlament entschieden, sondern in den Betrieben und auf der Strasse durch die Arbeiterschaft unter Führung der Kommunisten. Trotz aller Drohungen der Regierung werde das Proletariat den kommenden 1. Mai zum Grosskampf- und Streiktag machen gegen den Youngplan und gegen das System der Kapital-Diktatur.

Abg. Dr. Brédt (Wirtschaftsppt.) verliest eine Erklärung, in der es heisst, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, sie könne aber nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkungen des Youngplans angesichts der Zerrüttung der deutschen Finanzen diesem Plan nicht zustimmen.

Abg. Dr. Zapf (D.Vp.): Die gegen den Youngplan opponierenden Parteien gehen leicht hinweg über den gewaltigen Erfolg, der mit der Befreiung des Rheins errungen ist. Man braucht nur zu erinnern an die deutlich von Clemenceau und Poincaré geäußerten Pläne auf dauernde französische Festsetzung am Rhein und auf Zerstückelung der deutschen Einheit, um zu erkennen, wie gross der Dienst ist, der auch der Befriedung Europas geleistet wird mit der Befreiung des Rheins. Diese Befreiung ist der Erfolg einer seit sieben Jahren geführten deutschen Aussenpolitik.

Abg. Stampfer (Soz):

Einer der erlesensten Geister, die jemals dieses Haus geziert haben, Friedrich Naumann, hat einmal den Ausspruch getan: Der Fortschritt besteht darin, dass man aufhört, über etwas zu diskutieren. Vor einem solchen Fortschritt stehen wir in diesem Augenblick, und ich will ihn nicht lange aufhalten. Man hat darüber diskutiert, ob es richtig war, die Räumungs- mit der Reparationsfrage zu verbinden. Die Räumung kommt, und wir freuen uns dessen als eines grossen Erfolgs der Politik, die wir deutschen Sozialdemokraten seit mehr als 10 Jahren konsequent betrieben haben. Ich will den grossen Fortschritt, dass man aufhört, über den Youngplan zu diskutieren, auch nicht durch eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten über ihre Auffassung von Weltrevolution aufhalten. Es ist nicht nötig, in dieser Stunde näher auszuführen, dass mit den von Moskau empfohlenen Mitteln den deutschen Arbeitern weder Arbeit noch Brot beschafft wird. Ohne vom Reichskanzler ermächtigt zu sein, erkläre ich: Es ist falsch, wenn man glaubt, der Reichskanzler hätte sich den Misstrauensantrag der Kommunisten bei ihnen bestellt. (Heiterkeit) Das ist nicht der Fall gewesen, er hat auch keinerlei Versprechungen dafür gemacht, der Antrag ist ganz aus eigenem freien Willen und aus dem politischen Scharfsinn hervorgegangen, der auch in anderen Fällen die Kommunisten auszeichnet. (Heiterkeit) Ich möchte nicht verfehlen, der Kommunistischen Fraktion für diesen Gefallen, den sie dem Kabinett Müller erweist, meinen Dank auszusprechen.

Herr Wallraf hat von sozialdemokratischem Optimismus gesprochen und von deutschnationaler Gewissenhaftigkeit. Nun, wir wissen ganz genau, dass wir mit dem Youngplan die schwersten Lasten übernehmen, und wir machen uns gar keine Illusion darüber, dass etwa infolge des Youngplans eine unerhörte Blüte der deutschen Wirtschaft eintreten würde. Herr Wallraf meinte vorsichtig, es werde vielleicht eine kurze Blüte der deutschen Wirtschaft folgen. Aber warum ist Herr Wallraf so grausam, der deutschen Wirtschaft nicht einmal diese kurze Blüte zu gönnen? Etwas ganz anderes würde der deutschen Wirtschaft bevorstehen, wenn der Dawesplan in Kraft bliebe, den Herr Wallraf am 29. August 1924 mit uns gemeinsam beschlossen hat, ebenso wie Herr Hoetzsch, der jetzt gleichfalls gegen den Youngplan stimmt. Und wie ist es mit der Gewissenhaftigkeit? Ich kann nicht erkennen, wo die Gewissenhaftigkeit liegt, wenn man vor 5 Jahren einen Plan annimmt, der das Deutsche Reich mit jährlich 2½ Milliarden Reparationslast plus Besserungsschein belastet, und heute einen Plan ablehnt, der die Belastung jährlich um 500 Millionen Mark und mit dem Besserungsschein um 7 oder 800 Millionen Mark erleichtert. Es ist auch nicht grosse Gewissenhaftigkeit, wenn man vor vier Jahren mitgewirkt hat, einen Plan anzunehmen, der Deutschland unzählige schmachvolle, die nationale Ehre kränkende Kontrollinstanzen auferlegt hat, und wenn man jetzt ablehnt, einem Plan zuzustimmen, der alle diese kränkenden Kontrollen beseitigt. (Sehr gut! links) Aber mit dieser grossen Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit, von der Herr Bredt gesprochen hat, es mitunter seine besondere Bewandnis. Wir haben z.B. am Dienstag erlebt, dass die Deutschnationalen einer nationalsozialistischen Resolution zugestimmt haben, die die Aufhebung des Kriegsrätegesetzes fordert. Das ist eine sehr schöne Geste, Sie werden gewiss im Lande herumfahren und den Wählern erzählen, wie tapfer Sie gewesen sind, dass Sie diesem Antrag zugestimmt ha-

ben, aber Ihr Unglück ist es, dass das Kriegsgerätegesetz eingebracht wurde, als Sie in der Regierung sasssen. Ihre Regierung hat dieses Gesetz beantragt, das die militärische Souveränität Deutschlands restlos beseitigt, sogar die Herstellung von Bajonetten verbietet. Sie haben für dieses Gesetz gestimmt und haben das mit der grossen politischen Zwangslage begründet, in der sich Deutschland befand. Diese Begründung hat der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses gegeben, der Herr Kollege Wallraff. (Grosse Heiterkeit - Widerspruch des Abg. Wallraff) Nach dem Protokoll der Reichstagssitzung vom 6. Juli 1927 habe ich damals ausgeführt :

"Wir alle würden einstimmig einen derartigen Gesetzentwurf ablehnen, wenn nicht das über uns stünde, was der Herr Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Herr Abg. Wallraff, so treffend als die grosse politische Zwangslage bezeichnet, in der wir uns befinden. (Hört! Hört! links) Der Herr Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses und die hinter ihm stehende Partei haben damit ein Mass von realpolitischer Einsicht gezeigt, das nicht immer vorhanden war. (Sehr richtig! links)"

Ich habe damals Sie (zum Abg. Wallraff) zitiert, und Sie haben nicht widersprochen, Sie waren nicht entrüstet und haben sich nicht, wie vorhin auf die Vertraulichkeit der Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses berufen. Damals waren wir ja Bundesgenossen, (grosse Heiterkeit) sowie wir bei der Annahme des Dawesplanes Bundesgenossen gewesen sind. (Heiterkeit) Sie haben allerdings nur wegen der politischen Zwangslage den Dawesplan angenommen, und das ist der Unterschied zwischen uns. Es gibt für die Deutschnationalen einen gewichtigen und durchschlagenden Grund, trotz ihrer Zustimmung zum Dawesplan den Youngplan abzulehnen, und dieser Grund besteht darin, dass die Herren wissen, dass wir ihn annehmen. (Heiterkeit) Wüssten sie das nicht, so würden sie mit schlotterndem Gebein herumlaufen, es würde ihnen das Gewissen der nationalen Verantwortlichkeit schlagen, ob sie diese Verbesserungen ablehnen dürfen.

Was die Sanktionen anbelangt, so besteht, ganz abgesehen von allen völkerrechtlichen und formaljuristischen Spitzfindigkeiten ein natürliches Rechtsbewusstsein des Deutschen Volkes, und dieses sagt uns: Alles, was in alter Zeit als Sanktionen an militärischer Besetzung usw. verübt wurde, Gewalttaten waren, die nicht vereinbar sind mit einem wirklichen Friedenszustand, und die jedes Volk berechtigen, gegen sie zu protestieren und sich mit allen zweckdienlichen völkerrechtlichen Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen. Ganz davon abgesehen, dass Sanktionen irgendwelcher Art bei loyaler Auslegung des Locarno- und des Kellogg-Paktes unmöglich sind. (Sehr richtig!)

Zum Polenvertrag sagen wir, dass wir nicht das Gewissen haben, 12 000 deutsche Bauern in Polen preiszugeben. Der Wille, diese Deutschen dort zu schützen, ist unser allererster Grund, und darum treten wir in Übereinstimmung mit den eigenen Wünschen der bedrohten Deutschen für den Liquidationsvertrag mit Polen ein. Wir tun dies alles nicht, weil wir in der Regierung sind, wir würden genau so handeln, wenn wir in der Opposition wären. Dadurch unterscheiden wir uns von anderen Parteien des Hauses, (Sehr wahr! bei den SOZ) dass wir in den grossen Lebensfragen des Deutschen Volkes eine uneingeschränkte Linie unverrückbar verfolgen, vollkommen unabhängig von allen Erwägungen, ob wir in der Regierung sitzen oder nicht. Darunter verstehen wir nationale Arbeit. (Lebh. Zustimmung der Soz) Wir freuen uns, dass Herr Wallraff ein gutes Verhältnis zu Frankreich haben will. Er hat auch gesagt, nach dem Jahre 1871 wäre es den Franzosen nicht eingefallen, "nie wieder Krieg" zu rufen. Das ist leider richtig. Die französische Republik hat sogar den von den französischen Sozialisten und vor allem von dem unsterblichen Jean Jaurès aufs leidenschaftlichste bekämpften Vertrag mit dem zarischen Russland geschlossen, der ihm vermeintlich Sicherheit geben sollte, aber ebenso wie der Dreibundvertrag den Keim neuer Kriege in sich getragen hat. Dass Frankreich nach 1871 nicht gesagt

hat "Nie wieder Krieg", war seine geschichtliche Schuld. In der Geschichte ist es bisher immer noch so gewesen, dass "Nie wieder Krieg" nach einem Krieg höchstens von den Siegern gesagt worden ist, die auf der Beute sassen, aber nicht von den Besiegten, die verloren hatten. Es ist eine grosse und entscheidende Wendung der Geschichte, dass einmal ein besiegtes Volk den Mut gefunden hat (Zuruf der Natsoz.: die Feigheit) "Nie wieder Krieg" zu rufen. Dass es das Deutsche Volk gewesen ist, und dass die deutschen Arbeiter, die deutsche Sozialdemokratie dabei die Führung gehabt haben, darauf sind wir stolz! (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Meyer-Berlin (Dem) begründet in einer Erklärung die Zustimmung seiner Fraktion. Die Demokratische Fraktion hofft nach wie vor, dass nach Verabschiedung des Youngplans eine breite Mehrheit unter Zurückdrängung parteipolitischer Sonderinteressen die Finanzsanierung durchführen werde.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Chr.Nat.Arbgem.): Der Youngplan ist das verhängnisvolle Ergebnis des Misserfolges fünfjähriger Verständigungsversuche. Stresemann wollte Verständigung im Westen, um freie Hand im Osten zu haben. Ein Blick auf den Youngplan zeigt, wie weit entfernt wir davon sind, Es ist schlechterdings unerträglich, dass ein englischer Minister als Exponent eines Volkes, das die fairness als eine Tugend betrachtet, hier eine Vereinbarung erzwingt, die seinen feierlichsten eigenen Erklärungen ins Gesicht schlägt. Abgesehen von den grossen materiellen Opfern liegt in dem Abkommen mit Polen die grosse Gefahr der Zerstörung jener nationalen Entschlossenheit, die wir brauchen für den entscheidenden Kampf, der ausgefochten wird zwischen dem Deutschtum und einem Polen, das mit brutalsten Mitteln die Menschenrechte der Minderheiten unterdrückt.

Abg. Strasser (Natsoz) verliest eine längere Erklärung, in der es wiederholt heisst, es seien Lügen, was die Regierung zur Empfehlung des Youngplans vorgebracht habe. Als von der Linken gegen diese Wendung protestiert wird, erklärt Präsident Löbe er nehme an, dass der Redner nur theoretisch von Lügen spreche. Mit lauten Entrüstungsrufen links und in der Mitte wird eine Stelle der Erklärung beantwortet, in der die Regierung des Volksverrats beschuldigt und angekündigt wird, ein kommender nationalsozialistischer Staatsgerichtshof werde die Köpfe derjenigen fordern, die den Youngplan annehmen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat) verwirft den Youngplan und sucht den Reichspräsidenten durch Erinnerung an die Haltung der Linken bei der Präsidentenwahl 1925 einzufangen.

Abg. Stöcker verliest eine Erklärung seiner Fraktion des Inhalts, der Youngplan sei ein Sklavenpakt, mit dem das Deutsche Proletariat unter das Joch der internationalen Bourgeoisie gebracht werden solle; nicht ein Friedenswerk, sondern ein imperialistisches Kriegsinstrument des Kapitals gegen Sowjet-Russland. Noch mehr als der Dawesplan wälze der Youngplan alle Tributlasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes. Die heuchlerische Opposition der Deutschnationalen und Nationalsozialisten diene nur der Ablenkung der Massen vom wirklichen Kampf gegen den Youngplan.

Präsident Löbe: Das Wort hat der Reichsratsbevollmächtigte des Freistaats Thüringen, Herr Dr. Frick. (Stürmisches Gelächter bei den Regierungsparteien)

Dr. Frick: Als bevollmächtigter Vertreter des Landes Thüringen habe ich folgende Erklärung abzugeben: Insschroffem Gegensatz zur Reichsregierung sieht die Regierung des Landes Thüringen in der Annahme des Youngplanes und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens das grösste nationale Unglück und das Ende der Selbständigkeit der Länder. Während auf der einen Seite die uferlose Erfüllungs- und Tributpolitik dem Deutschen Volk auf Generationen hinaus Belastungen auferlegt, von deren Untragbarkeit die Befürworter dieser Politik selbst überzeugt sind, entzieht sie auf der anderen Seite den Ländern die Mittel und nötigt sie zur Beschränkung der Ausgaben für die wichtigsten

Kulturaufgaben. (Rufe links: Und in dieser thüringischen Regierung sitzt auch die Deutsche Volkspartei!) - Die Erklärung schliesst mit der Versicherung, die thüringische Regierung wolle den Mittelpunkt bilden für einen fanatischen Widerstands- und Freiheitswillen des Deutschen Volkes. (Händeklatschen bei den Nat. Soz. - Abg. Stöhr (Natsoz): Endlich ein deutscher Minister!)

Preussischer Reichsratsbevollmächtigter Dr. Brecht: Die grosse Mehrheit des Reichsrats steht auf einem ganz anderen Standpunkt als die thüringische Regierung. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben die Annahme des Youngplans für notwendig erklärt aus den im Protokoll niedergelegten Gründen: Lastenverminderung, Revisionsmöglichkeit, Wirtschaftsruin bei Ablehnung, Fortfall der Auslandskontrollen.

Die Abgg. Kling (Bayer. Bauernbund) und Frölich (Komm. Opposition) lehnen die Younggesetze ab.

Präsident Löbe teilt mit, dass mit Rücksicht auf die Anträge, in denen die Aussetzung der Verkündung verlangt wird, die Regierungsparteien (ohne Bayer. VP) die Dringlichkeitserklärung der Younggesetze beantragt haben.

Darauf beginnt bei starker Besetzung des Saales und der Tribünen die Abstimmung. In namentlicher Abstimmung wird Artikel I des Youngplangesetzes mit 266 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gegen 193 Stimmen der Rechten und der Kommunisten bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Die Bayerische Volkspartei hat zum grössten Teil gegen die Vorlage gestimmt, ihr Vorsitzender Leicht hat eine blaue Karte (Stimm-enthaltung) abgegeben.

Die weiteren Artikel dieses Gesetzes werden in einfacher Abstimmung angenommen, und darauf das Gesetz in namentlicher Schlussabstimmung mit 270 gegen 192 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Entschliessungen der Opposition werden abgelehnt, die Entschliessung der Regierungsparteien über die Aussenpolitik wird angenommen.

Das Reichsbahngesetz wird in namentlicher Schlussabstimmung mit 299 gegen 156 Stimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedet, ebenso das Reichsbankgesetz - wieder in namentlicher Abstimmung mit 307 gegen 150 Stimmen und 3 Enthaltungen. Die Entschliessung Dr. Breitscheids (Soz) auf Veröffentlichung der Bezüge des Reichsbankdirektoriums wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird das deutsch-polnische Liquidationsabkommen mit 236 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, der Mehrheit des Zentrums und eines Teils der Deutschen Volkspartei gegen 217 Stimmen der übrigen Teile dieser beiden Parteien, der Rechten und der Kommunisten bei 8 Enthaltungen, worunter gleichfalls einige Zentrumsabgeordnete und Deutsche Volksparteiler sind, verabschiedet. (Stürmische Pfuirufe der Natsoz). Das die Liquidationsabkommen enthaltende Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 256 gegen 199 Stimmen bei 8 Enthaltungen verabschiedet. Hierzu wird eine Entschliessung der Regierungsparteien betr. die deutsche Minderheit in Polen angenommen.

Die Aussetzung der Verkündung auf 2 Monate - von der Rechten und den Kommunisten beantragt - erfordert nach einem Beschluss des Rechtsausschusses zur Durchsetzung die Unterstützung durch 1/3 der anwesenden Reichstagsmitglieder. Die namentliche Abstimmung ergibt 173 Ja- und 289 Nein-Stimmen. Die Bayerische Volkspartei hat zum grössten Teil mit Nein gestimmt. Das erforderliche Drittel ist aufgebracht, der Aussetzungsantrag somit angenommen. Der Antrag auf Dringlichkeitserklärung des Gesetzes - von einem Hakenkreuzler unter grossem Gelächter des Hauses als Schiebung bezeichnet - wird in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 174 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Reichspräsident kann somit die Verkündung des Gesetzes trotz dem Aussetzungsantrag vornehmen.

Präsident Löbe spricht die Meinung aus, dass bei Annahme der Entschliessung Brüning die Abstimmung über das kommunistische Misstrauensvotum wohl über-

flüssig sein dürfte.

Abg. Stöcker (Komm) erwidert, dass jene ellenlange Entschliessung die Erklärung des Vertrauens nicht enthalte.

Präsident Löbe: Also dann stimmen wir über den Antrag ab, der nicht ein Misstrauensantrag ist.

Der kommunistische Misstrauensantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 277 gegen 169 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt; die Bayerische Volkspartei hat sich geteilt. - Der Billigungsantrag der Regierungsparteien wird mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete verliessen während der Abstimmung den Saal.

Als Tagesordnung der nächsten Sitzung am Donnerstag nachmittag 14 Uhr schlägt der Präsident vor: 2. Lesung des Republikenschutzgesetzes, das Brotgesetz usw. vor.

Abg. Schultz-Bromberg (Dnat) wünscht Absetzung des Republikenschutzgesetzes, das wieder Stürme zwischen den Parteien entfessele, während der Reichstag zu praktischer und sachlicher Arbeit kommen müsste. Beraten wir also lieber die Hilfsaktion für den Osten, der brennt.

Abg. Schröder-Meyseburg (Komm) hält eine längere Agitationsrede und verlangt, dass die Anträge über die Arbeitslosigkeit und über das Reichsvorsorgungsgesetz morgen beraten werden.

Abg. Stöhr (Natsoz): Die Ostanträge, aber nicht das Korruptionsschutzgesetz (Rüge des Präsidenten) sollte dieses sogenannte Hohe Haus beraten.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnat) wünscht Beratung eines Antrages, der die Ratifizierung des Youngplanes durch die Gläubigermächte von ihrer Kenntnisnahme der heutigen Reichstagsbeschlüsse abhängig machen will.

Abg. Esser (Z): Gewiss sind die Anträge über den Osten und die Arbeitslosigkeit wichtig, aber noch dringender ist der Nachtragshaushalt.

Die Änderungsanträge werden von den Regierungsparteien abgelehnt, es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Schluss gegen 19 Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 12. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die Aussprache über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung fort.

Abg. Frau Ludewig (Komm.) erklärte, dass die Annahme des Young-Plans durch Sozialfaschisten und Zentrum die Lage der Arbeiterschaft verschlechterte. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie habe sich an die Seite der Unternehmer gestellt. Die Exportmöglichkeit nach Russland werde nicht ausgenützt.

Abg. Dr. Zeitlin (Dem.) macht für die Kapital- und Wirtschaftsnot die verfehlte Politik der Kreditüberwachungsstelle verantwortlich. Mit der Kapitalneubildung und den Überschüssen gewisser Betriebe sei es nicht so schlimm, wie es Abg. Lehmann (Soz.) dargestellt habe. Es sei eine scharfe Kontrolle des Kartellwesens zu fordern, aber auch die Monopolverträge bei den Kommunen sollten beseitigt werden. Die Wirtschaft müsse man durch umfassende Steuer-senkung entlasten.

Abg. Schmidt-Breslau (Wirt. Pt.) bedauert, dass der Mittelstand als staats-erhaltendes Stand am meisten unter steuerlicher Ungerechtigkeit leidet. An der Arbeitslosigkeit hätten Arbeitszeitgesetz, Tarifpolitik und die ganze sozial-politische Gesetzgebung schuld. Die Anträge der Wirtschaftspartei auf Ein-schränkung der Gewerbeaufsicht und des Arbeiterschutzes sollten angenommen werden, da hier eine Gelegenheit zum Einsparen sei. Seine Fraktion wende sich gegen die Einfuhr des zollfreien Gefrierfleisches, da dieses nur zum grössten Teil durch die Konsumgenossenschaften abgegeben wird.

Hierauf wird die Beratung unterbrochen, um die Abstimmungen über die an-gefochtenen Titel des Innenetats und die zum Innenetat gestellten Anträge vor-zunehmen. Die angefochtenen Titel werden bewilligt. Angenommen werden ferner die Hauptausschussanträge, die Schupunterkünfte besser auszugestalten, höhere Beträge für Wäsche zu gewähren und den Beamten 8 Tage mehr Urlaub für häufigen Alärmzustand zu gewähren und der sozialdemokratische Antrag, den Achtstunden-schichtwechsel durchzuführen. Gegen den letzten Antrag stimmten die Kommuni-sten.

Abgelehnt werden der Antrag der Kommunisten, das Demonstra tions- und Ver-sammlungsverbot aufzuheben, der Antrag der Deutschnationalen, das Verbot des Stahlhelms für Rheinland und Westfalen aufzuheben und der Antrag der Sozial-demokraten, das "Achtung"-Rufen auf Revieren und Wachen zu verbieten. Die Ab-stimmung über den Gesetzentwurf, die Altersgrenze der Hochschullehrer von 65 auf 68 Jahre zu setzen, wird in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialde-mokraten und Kommunisten angenommen.

Dann wird die Abstimmung über die Anträge des Landwirtschaftsausschusses zur Linderung der Not im deutschen Weinbau wiederholt. Der Antrag, Zollerhö-hungen vorzunehmen, wird wiederum abgelehnt. Die S.P.D. hatte dazu im Ausschuss erklärt, dass die Entscheidung über Zollfragen zur Kompetenz des Reichstags gehört. Angenommen wurden die Anträge, im kommenden Weingesetz den Verschnitt von inländischen mit ausländischen Weissweinen und die Aufspritung von Südwei-nen zu verbieten. Angenommen wurden weiter die Anträge, die Weinpropaganda zu beleben, Produktions- und Absatzgenossenschaften zu schaffen, Kellerkontrolle auch in den Freihafengebieten einzuführen, die Schädlingsbekämpfung, Beispiels-wirtschaften und Wegebau zu fördern und die Winzerkredite niederzuschlagen. Gegen den letzten Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die eine Niederschla-gung von der wirtschaftlichen Notlage abhängig machen wollten.

Die Aussprache über den Handels- und Gewerbeetat wird fortgesetzt.

Abg. Mohrhotter (Dt. Fraktion) erklärt, dass die Arbeitslosigkeit eine Folge der Kapitalsnot sei. Grossbanken und die I.G. Farbenindustrie zahlen gewaltige Gehälter für Aufsichtsräte und Direktoren. Die Sozialgesetzgebung müsse reformiert werden, ehe ihr finanzieller Zusammenbruch erfolge. - Abg. Frau Ulbrich (Christl. Soz.) setzte sich für den Ausbau der Gewerbeaufsicht ein.

Abg. Lang-Langenbielau (Soz.):

Wir teilen nicht die Auffassung vieler Unternehmer, dass produziert werden soll nur um zu produzieren. Die Produktion soll den Bedürfnissen der Volksgesamtheit angepasst sein. Nicht zuletzt ist der allgemeine Konjunkturrückgang auf die kapitalistische Auffassung zurückzuführen, dass die Produktion nur im Interesse einiger weniger da sei. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegenüber dem Geschrei über die Wirtschaftsnot muss doch festgestellt werden, dass es noch eine ganze Reihe von Unternehmungen gibt, die sich gut rentieren und sie sich gewiss nicht vom "Zusetzen" vergrössern können. Auch nach ganz klugen Abschreibungen sind grosse Unternehmungen in der Lage gewesen, eine ansehnliche Dividende auszuschütten. Ganz allgemein geht die Tendenz dahin, kleine Unternehmungen zu zerschlagen, um sie dann von den grösseren aufsaugen zu lassen. Das Gejammer, dass die Wirtschaft insgesamt krank sei, ist innerlich unwahr. Ich verweise auf die Bestrebungen der Privatindustrie, den Kommunen Anleihen zu geben, um dadurch die Kommunalwirtschaft zu zerschlagen. Hier möge der Minister sein besonderes Augenmerk darauf richten, dass die Privatinteressen nicht über das Allgemeininteresse gestellt werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Ebenso innerlich unwahr ist das Veredele von der Versklavung durch den Young-Plan. Wir sind weit entfernt davon, uns über ihn zu freuen, aber leider müssen wir nun einmal die Verpflichtungen des verlorenen Krieges erfüllen. Gegenüber dem Dawes-Plan bietet er aber wesentliche Verbesserungen. Moldenhauer hatte völlig Recht, als er im Reichstag sagte, dass diejenigen, die den Young-Plan ablehnen, auch den Mut haben müssen, die Mehrbelastung durch den Dawes-Plan zu tragen. Aber darauf kommt es nicht an: man braucht die Hetze, man treibt eine Katastrophenpolitik und will den Zusammenbruch, weil man hofft, dabei ein Rechtsregiment aufrichten zu können. Dann könnte das deutsche Volk gute Nacht sagen. Die Spuren der Regierung Cuno schrecken! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Von der Arbeitslosigkeit besonders mitgenommen ist der Osten, besonders Schlesien. Dabei redet die Rechte von "verständiger Fürsorge". Mit solchen Schlagworten will man nur Dumme fangen. In Wirklichkeit arbeitet man auf den Abbau hin. Es wäre aber eine unerträgliche Kulturschande, Volksgenossen glatt verhungern zu lassen. Bei dem hohen Stand der Arbeitslosenziffer in schlesischen Städten, müssen Reden, wie wir sie hier gehört haben, geradezu aufpeitschen wirken. Die Staatsregierung möge deshalb auf die Ostprovinzen ihr besonderes Augenmerk richten.

Aus den Reden der Rechten geht ferner hervor, dass die den Unternehmer unbequeme Gewerbeaufsicht verschwinden soll. Solange noch grosse Teile der Betriebe überhaupt nicht kontrolliert werden, solange noch die Zahl der Bestrafungen von Unternehmungen wegen Verstösse gegen die Gewerbeaufsicht und insbesondere die Zahl der Unfälle wächst, muss man den Mut zu solchen Forderungen bewundern. Im Gegenteil: die Gewerbeaufsicht ist völlig unzureichend und schon für das nächste Jahr melden wir unsere Forderungen für weiteren Ausbau der Gewerbeaufsicht an. Leider ist von der angestrebten Verständigung der Gewerbeaufsicht mit den Betriebsräten wenig zu spüren. Mehr als bisher sollten auch die Beamten aus der praktischen Arbeit genommen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Erklärungen der Regierung, wie sie Rationalisierungs- und Stilllegungs-massnahmen abzuschwächen gedenkt, befriedigen uns nicht. Vielfach erfolgen Stilllegungen, weil Arbeiter mit dem geforderten Lohnabbau nicht einverstanden waren. Sehr oft steht hier die Gewerbeaufsicht statt auf seiten der Arbeiter auf seiten der Unternehmer und fördert das Ueberstundenunwesen. Die schlesischen Tex-

tilunternehmer muteten bei einem Stundenlohn von 56 - 58 Pfennig den Arbeitern einen Lohnabbau zu, sperrten schliesslich die Belegschaften aus, brachten die Wirtschaft zum Erliegen, obwohl die Arbeiter ihrerseits nicht in den Streik getreten waren. Mit solcher Frivolität wird in solcher Notzeit Volksvermögen vergeudet! Die Firma Meyer - Lehmann in Wüste-Giersdorf legte ihren Betrieb still, nahm ihn dann wieder auf und kam um die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit ein, die ihr unbegreiflicherweise auch bewilligt wurde. Ähnlich ging eine grosse Firma in Grünberg vor, die den Betrieb stilllegte, dann aber die Arbeiter aufforderte, zu reduzierten Löhnen wieder anzufangen. Dank des Eingreifens der freien Gewerkschaften ist den Unternehmern dieser Streich nicht gelungen. In allen solchen Fällen handelt es sich um Scheinstillegungen, die erhebliches Kapital fressen und die Wirtschaft belasten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und dann sollen wir uns hier noch das Gejammer über die hohen Löhne der Arbeiter mit anhören!

Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit können nicht bekämpft werden mit Massnahmen, die nur im Interesse einer einseitigen Dividendenpolitik liegen. Das Ministerium sollte daran denken, dass die Arbeiterschaft der wichtigste Faktor der Wirtschaft ist und auch dementsprechend behandelt werden muss. (lebhafter Beifall bei den Soz.)

Weiterberatung des Haushalts für Handel und Gewerbe Donnerstag 12 Uhr.

Landtag = Stimmungsbild.

Berlin, den 12. März 1930 (eig. Ber.)

In der am Mittwoch im Preussischen Landtag fortgesetzten Beratung des Handels- und Gewerbeetat wettete Frau Abg. Ludewig (Komm.) gegen den Young-Plan und gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die sich an die Seite der Unternehmer gestellt habe. Der Demokrat Dr. Zeitlin tadelte die verfehlte Politik der Kreditüberwachungsstelle, die mit verantwortlich für die Kapital- und Wirtschaftsnot sei. Er forderte scharfe Kontrolle des Kartellwesens, Beseitigung der Monopolverträge bei den Kommunen und die Entlastung der Wirtschaft durch Steuersenkung.

Der Wirtschaftsparteiler Schmidt-Breslau, seines Zeichens Schlächtermeister hielt eine Innungsrede. Seiner Meinung nach haben Arbeitszeitgesetz, Tarifpolitik der Gewerkschaften, kurz die ganze Sozialpolitik, schuld an der Arbeitslosigkeit. Mit Nachdruck vertrat er den Antrag seiner Fraktion, die unbequeme Gewerbeaufsicht und den Arbeiterschutz abzubauen. Besonders aber schimpfte er auf die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch, das noch dazu zum grössten Teil von den Konsumgenossenschaften angeboten wird. In der Rede dieses Wirtschaftsparteilers offenbarte sich die ganze reaktionäre Einstellung des deutschen Spiessbürgertums. Die Arbeiterschaft, von der sich dieser sogenannte Mittelstand in der Hauptsache nährt, wird sich diese gehässigen Ausfälle gegen sie merken müssen.

Mit diesen und ähnlichen Auffassungen über die Ursachen der Wirtschaftsnot rechnete der sozialdemokratische Abg. Lang-Langenbielau gründlich ab. Die Sozialdemokratie ist nicht der Ansicht, dass die Produktion nur im Interesse einiger weniger da ist; sie soll sich den Bedürfnissen der Volksgesamtheit anpassen. Das Geschrei, dass die ganze Wirtschaft innerlich krank sei, ist ebenso unwahr wie das Gerede von der Versklavung durch den Young-Plan. Die Sozialdemokratie ist weit davon entfernt, den Young-Plan stürmisch zu begrüssen, aber sie stellt sich mit Moldenhauer auf den Standpunkt, dass diejenigen, die ihn ablehnen, auch den Mut haben müssen, die Mehrbelastung des Dawes-Plans zu tragen. Aber schliesslich treibt man die Hetze nur um der Hetze willen, weil man alle